

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der wertrauen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6,00 Mkt.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltene Postzeitung oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 223.

Freitag, den 23. September 1921.

28. Jahrgang.

## Volksparteiliche Anmaßung.

Berlin, 23. September.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

Trotz aller Richtigstellungen fährt die rechtsgerichtete Presse mit ihren Kombinationen über die Regierungsbildungen fort und verfolgt hierbei das Ziel, den Reichskanzler Dr. Wirth vorerst moralisch zu erledigen. Dieser Kampf wird nicht nur von der Presse, sondern auch offiziell von den rechtsgerichteten Parteien und insbesondere von jener Partei geführt, die in den kommenden Tagen den Beweis der Koalitionsfähigkeit mit der Sozialdemokratie erbringen soll. Herr Stresemann hat in den letzten Tagen öfters Gelegenheit genommen, den Reichskanzler persönlich herabzusetzen und seine Arbeitsfreudigkeit vor aller Öffentlichkeit zu erniedrigen. Daß diese sinnlosen Machenschaften im Grunde genommen nicht nur der Person Wirths, sondern in der Hauptsache ihm als Republikaner gelten, bedarf keines Beweises mehr. Der gegenwärtige Reichskanzler ist in der Tat eine anerkanntswürdige Stütze der republikanischen Staatsform und er ist der Mann, der sich mit Leib und Seele einsetzt, um die Republik zu sichern und im Auslande Sympathien abzugewinnen. Aus diesen Gründen ist er der gegenwärtig Bestgehaltete und es fällt komisch auf, daß auch die Volkspartei zu seinen Hassern gehört, jene Partei, die sich bemühen sollte, den Nachweis zu erbringen, daß sie für die Verfassung eintritt. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Volkspartei von heute nicht koalitionsfähig ist. Diese Tatsache bestätigt sich immer mehr und findet ihre Begründung nicht nur in den Machenschaften gegen den Reichskanzler, sondern auch in der Haltung der volksparteilichen Presse, die sich heute auf das hohe Ross setzt und von der Sozialdemokratie gewisse Zugeständnisse fordern möchte, bevor die Volkspartei insbesondere in die Reichsregierung eintritt. So lehnt z. B. die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die als gutunterrichtetes Organ der Volkspartei gelten kann, die Forderungen der Görlitzer Resolution ab, teilt weiter mit, daß die Volkspartei keinen Anlaß hat, sich zu einer Koalition im Reiche zu drängen und abwarten wird, bis man an sie herantritt. Weiter wird noch gesagt, daß Stresemann und Genossen sich an der Koalition des Reiches nur beteiligen werden, wenn sie die Garantie haben, daß ihnen unbeschadet ihrer programmatischen Auffassung und unter absoluter Garantie vollwertiger Mitarbeit das Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie ermöglicht wird. Diese Auslassungen wurden geschrieben, als kurz zuvor Herr Stresemann in Pforzheim den Beschluß des Görlitzer Parteitages bejubelte und glaubte feststellen zu können, daß in Görlitz nicht nur der Weg zu einer Verständigung gebahnt wurde, sondern auch eine „Absage der Mehrheitssozialdemokratie an die radikale Linke, die Kommunisten und Unabhängigen“ erteilt worden ist.

Zunächst müssen wir darauf hinweisen, daß Herr Stresemann die Vergrößerung der Kluft innerhalb der Arbeiterschaft durch sinnlose Behauptungen vorstehender Art kaum gelingen wird. Kein Gedanke ist daran, daß die Sozialdemokratie eine klare Absage an die Unabhängigen erteilt hat, sondern nur das reine Gegenteil beruht auf Wahrheit. Die Sozialdemokratie hat bisher keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ihr nichts mehr erwünscht ist als die baldige Einigung und gerade der Parteitag in Görlitz hat ein derartiges Bekenntnis abermals vor aller Öffentlichkeit abgelegt. Mit sinnlosen Behauptungen vorstehender Art und mit phrasenhaften Ausdrücken wird es der Deutschen Volkspartei nie gelingen, die Sozialdemokratie zu fangen und auf ihren Buckel antirepublikanische Regierungsgeschäfte und bergleichen zu erledigen. Lehnt die Volkspartei bereits jetzt die Forderungen der Sozialdemokratie ab, also noch bevor sie den Beweis der ehrlichen Mitarbeit erbracht hat, dann ist für uns selbstverständlich eine Arbeitsgemeinschaft mit rechts ausgeschlossen und die Görlitzer Resolution wird solange als papierener Beschluß gelten, bis sich die Volkspartei eines anderen besonnen hat und ihrer jetzigen Politik eine klare Absage erteilt. Ohne einwandfreie Taten der Partei Stresemann wird die Sozialdemokratie nie daran denken, mit den Volksparteilern gemeinsame Regie-

rungsarbeiten zu leisten. Drohungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, helfen über diesen Entschluß der größten Partei Deutschlands nicht hinweg.

Im Reichskabinett wurde das gegenwärtige Verhalten Stresemanns, der glaubt, mit großem Munde gegen den Reichskanzler Dr. Wirth anstürmen zu müssen, in Verbindung mit der Beratung über die Koalition besprochen. Sämtliche Kabinettsmitglieder waren sich einig darüber, daß das gegenwärtige Auftreten Stresemanns nicht zu der erweiterten Koalition beiträgt, sondern nur das Gegenteil bezweckt. Fest steht, daß nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die übrigen Koalitionsparteien des Reiches an der Reichskanzlerschaft des Dr. Wirths festhalten werden.

## Das neue Parteiprogramm.

P. Görlitz, 22. Septbr. (Eig. Drahtbericht.)

Die Programmkommission hat am Donnerstag vormittag den theoretischen und praktischen Teil des neuen Programms fertiggestellt. Am Freitag vormittag wird Vöbe über die Arbeiten der Kommission vor dem Parteitag berichten. Es soll sich dann eine Generaldebatte anschließen, in der auch die kleinen Oppositionen zu Worte kommen werden. Man hofft dann das Programm durch eine en bloc-Abschließung zu verabschieden. In der Kommission wurde der Entwurf mit 24 Stimmen gegen 2 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

## Erklärungen Stresemanns.

In einer öffentlichen Versammlung in Pforzheim hielt gestern abend der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann eine Rede über die politische Lage.

Zur äußeren Politik sagte er, es zeige sich schon heute, daß die Erfüllung des Ultimatus eine wirtschaftliche Unmöglichkeit für Deutschland darstelle. Scharf kritisierte der Redner die Politik des Reichskanzlers gegenüber Bayern. Wenn man so wie Dr. Wirth gegen Bayern agitiere, treibe man das Reich auseinander. Der Redner wandte sich dann gegen die Neußerung des deutschnationalen Führers Hergt, es handele sich jetzt darum, den Kampf der Weltanschauungen auszusetzen. Jetzt sei nicht die Zeit zu einem solchen Kampfe, wo Deutschland nicht wisse, was aus Oberschlesien werde und wo das linke Rheinufer von der Entente besetzt sei; jetzt müsse alles gesammelt werden, was zum Zusammenarbeiten bereit sei. Dann fuhr der Redner fort: Die Deutsche Volkspartei steht auf dem Boden der Verfassung. Die Frage, ob die Deutsche Volkspartei mit der Sozialdemokratischen Partei in einer Regierung zusammenarbeiten soll, beantworte ich mit einem glatten Ja. Staat und Wirtschaft können heute nicht die Mitarbeit der produktiven Kräfte, der Politiker und aller anderen Schichten, die in den verschiedenen Parteien vorhanden sind, entbehren. An die Stelle des: Sie Rechtsblock — Sie Linksblock! soll man den Gedanken setzen: Volksgemeinschaft aller! Die grundsätzliche Bereitschaft, auch mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten, ist der einzige Weg, um aus der gegenwärtigen Not herauszukommen. Von diesem Gesichtspunkte aus frene ich mich über den Beschluß der Sozialdemokraten auf dem Görlitzer Parteitag. Wenn es dahin kommt, daß die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintritt, dann kommt die Verständigung zwischen den Sozialdemokraten und uns. Wir erklären uns bereit, uns in den schwebenden Finanzfragen sowie in der Innen- und Außenpolitik auf eine breite Basis zu begeben, um dem Reiche zu dienen. Die Reichstagsfraktion, die in diesen Tagen in Heidelberg beisammen war, hat mir zu dieser Zusammenarbeit ihre Unterstützung zugesagt.

## Sozialistischer Wahlsieg in Schweden.

Stockholm, 22. September.

Bei den Reichstagswahlen in Schweden wurden bisher 25 Sozialdemokraten, 14 Konservative und 6 Liberale gewählt, außerdem 4 vom Bauernbund. Die Sozialdemokraten haben bisher fünf neue Sitze erhalten, und zwar 4 von den Konservativen und einen von den Liberalen. Man rechnet damit, daß die Sozialdemokraten in Stockholm 8 Sitze, d. h. die Hälfte von den Mandaten der Hauptstadt erobern werden. Es scheint, daß eine sozialistische Regierung aus den Wahlen hervorgehen wird.

## Das neue bayerische Kabinett.

P. München, 22. September.

Der bayerische Ministerpräsident Graf v. Lerchenfeld wird am Sonntag persönlich in Berlin erscheinen, um den Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche durch Verhandlungen mit der Reichsregierung aus der Welt zu schaffen. Die Reichsregierung wird ihr Möglichstes tun, um die Verhandlungen zu einem beiderseits zufriedenstellenden Ergebnis zu führen — aber sie wird sich keinesfalls dazu hergeben, den § 4 der bayerischen Formulierungen ohne weiteres zu schließen. Die Reichshoheit, die durch diesen Paragraphen ausgeschlossen wird, muß naturgemäß auch von Bayern anerkannt werden.

Die bayerischen Koalitionsparteien waren bis Donnerstagabend 6 1/2 Uhr über die Ministerwahl noch nicht einig und vertagten deshalb dieselbe durch den Landtag auf 8 1/2 Uhr. Das Scheitern der Mittelpartei aus der Koalition, um das gestern in der bayerischen Volkspartei schwer gekämpft wurde, scheint der Grund der Uneinigkeit zu sein.

Die bayerische Staatszeitung veröffentlicht, scheinbar auf Geheiß des neuen Ministerpräsidenten, einen Artikel, in dem sie der bayerischen Sozialdemokratie äußerst freundliche Worte widmet. Die „Münchener Post“ schreibt zu der Ministerpräsidentenwahl, daß die sozialdemokratische Partei den neuen Mann nach seinen Handlungen bewerten wird. Gleichzeitig veröffentlicht unsere Münchener Bruderorgan umfangreiches Material, über vorbereitete Putschabsichten durch die national-sozialistische Arbeiterpartei.

Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident, Weiskes und Justiz: Graf Lerchenfeld. Inneres: Dr. Schmeier. Unterricht und Kultus: Dr. Marx. Finanzen: Kraußnack. Soziale Fürsorge: Oswald. Landwirtschaft: Wühlhofer. Handel: Hamn.

Der Ministerpräsident erklärte in seiner programmatischen Rede, sein Programm bestehe aus drei Punkten:

1. Aufrechterhaltung der mühsam errungenen Ruhe und Ordnung und Wahrung der Ruhe und Ordnung gegen alle Störungen, von welcher Seite sie auch kommen.
2. Ein gutes Verhältnis zum Reich in unverbrüchlicher Treue.
3. Soziale Versöhnung und Sorge dafür, daß die bestehenden Klüfte zwischen den einzelnen Schichten sich nicht noch erweitern.

## Haftentlassung des Abg. Fischer?

Der Geschäftsordnungsausschuß des bayerischen Landtages nahm einen Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten auf sofortige Entlassung des wegen Hochverrats zu einem Jahre und drei Monaten Festung verurteilten Abg. Fischer-Mürnberg, der bekanntlich wegen der Drohung, Nordbayern vom Lande loszulösen, verurteilt war, mit 10 gegen 9 Stimmen an. Die bayerische Mittelpartei fehlte bei der Sitzung, da sie eine Fraktionsitzung hatte. Für den Antrag stimmten neben den sozialistischen Parteien auch der Bauernbund und die Demokraten.

## Die Münchener Rechtsplutschgefahr.

V. München, 22. September.

Die programmatische Erklärung des neuen Ministerpräsidenten „eine gut bayerische Politik in treuer und unentwegter Unabhängigkeit an das Reich“ führen zu wackeln, sowie die Tatsache, daß der recht radikale Flügel in Oppositionstellung gegen den neuen Ministerpräsidenten getreten ist, kennzeichnen die politische Situation. Die Haft und Eile jedoch, in der sich gestern der Landtag nach langen Schwankungen zur Wahl des Grafen Lerchenfeld entschlossen hat, muß jedem zu denken geben, der die von Rahr entsetzten dunklen Kräfte der Münchener Straße richtig einschätzen weiß. Die Landtagsgänge durchschwärmten Gerüchte von dem nationalsozialistischen Putsch. Die Flugblätter, die in den Nachmittagsstunden ihren Höhepunkt erreichte, gab dazu allen Anlaß. Man warf die Flugblätter aus der Straßensbahn und aus Autos unter die Passanten; von erhöhten Stellen auf die Otkoberfestwiese. Gestern wurden sogar zweimal von den Frauentürmen herab Flugblätter geworfen, die alles bisher Gebotene übertrafen. Die letzten Flugblätter wandten sich nicht mehr gegen die Sozialisten, sondern gegen die Bayerische Volkspartei und schloßen mit der Aufforderung: „Bayern, in Massen auf die Straße und heraus gegen das Parlament!“ Aus der Art dieser Flugblätter merkt man, daß es sich hierbei nicht mehr nur um antisemitische Hege der Nationalsozialisten handelte, sondern daß auch jene rechtsradikalen Kreise dahinter standen, deren Gegenpart zur Bayerischen Volkspartei sich immer mehr verschärft hatte. Die Polizei hatte bereits 14 Flugblattverleiher verhaftet, die alle Mitglieder der nationalsozialistischen Arbeiterpartei waren. Darunter war auch sogar ein Polizeibeamter. Der Führer der Nationalsozialisten, Hitler, wurde in den Nachmittagsstunden wegen des Verdachtes der Organisation eines

Rechtsputztes verhaftet. Das Treiben der Münchener Rechtsboldschwestern ist nun allmählich ein derartiges geworden, daß selbst die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sich dagegen wenden. Auch K a h r hat eine Warnung dagegen erlassen.

## Die Völkerbundskonferenz.

Papst Benedikt XV. hat an den Präsidenten der Völkerbundskonferenz ein Telegramm gerichtet, in dem er an die versammelten Vertreter aller Staaten einen warmherzigen Aufschub richtet, sie möchten doch rasche und wirksame Maßnahmen zum Schutze des unglücklichen russischen Volkes ergreifen.

Die Versammlung nahm dann nach dem Bericht Lord Robert Cecil's einen Antrag an, nach welchem der Oberste Rat aufgefordert wird, in den Friedensverträgen darauf zu achten, daß die Errichtung einer von der ottomanischen Herrschaft unabhängigen nationalen Heimstätte für die Armenier gesichert wird. Bourgeois hatte sich gegen die Forderung der Unabhängigkeit dieser Heimstätte vergeblich gewandt mit der Begründung, daß dies auf die Schaffung eines neuen Staates hinauskomme und das über die Kompetenz des Völkerbundes hinausgehe. Dieser Protest Frankreichs ist sehr beachtenswert, weil er abermals auf eine Einschränkung der Befugnisse des Völkerbundes hindeutet.

Nachher gab Janzen seinen Bericht über die Heimkehr der Kriegsgefangenen, in dem er die Hilfe der deutschen Regierung und der Sowjet-Regierung hervorhob, ohne welche sein Werk unmöglich gewesen wäre. Schließlich wurde noch die Inpulsfrage in Ostasien und die Organisation der geistigen Arbeit durch Annahme der Kommissionsbeschlüsse erledigt. Ador, Schweiz, richtete abermals einen Appell an die Regierungen, die ihre Beiträge zur Bekämpfung der Epidemien in Ostasien noch nicht bezahlt haben und nannte darunter besonders Frankreich und Spanien.

## Estland, Lettland und Litauen im Völkerbund.

U. Genf, 23. September. Estland, Lettland und Litauen sind gestern in den Völkerbund aufgenommen worden. Die Wahl erfolgte einstimmig, da die polnische und die rumänische Opposition bei der Abstimmung nicht anwesend war.

## Hardings Abrüstungsprogramm.

Reuter meldet aus Washington, daß der Programm-entwurf der Regierung für die Abrüstungskonferenz den Teilnehmern der Konferenz übermittelt wurde. Den in Frage kommenden Mächten wurde mitgeteilt, daß das Programm im wesentlichen nur Anregungen enthält und daß es Abänderungs- und Zusatzanträgen unterworfen ist. Das Programm enthält folgende Punkte: 1. Beschränkungen der Rüstungen zur See und Ausführungsbestimmungen, 2. Kontrollbestimmungen für die neuen Regeln der Kriegsführung, 3. Beschränkungen der Rüstungen zu Lande, 4. Fragen betreffend China, 5. Fragen betreffend Sibirien und gleichartige, China betreffende Fragen, 6. die Mandate über die Inseln.

Reuter erzählt, daß das Programm in gut unterrichteten britischen Kreisen nicht als irgendwie bemerkenswerte Förderung der in Frage kommenden Punkte betrachtet wird, da die der Erörterung unterliegenden Fragen insgesamt zu unbestimmt gefaßt seien. Es mache sich in gewissen Kreisen starker Widerspruch gegen eine Erörterung der Landrüstungen geltend und es sei zweifelhaft, ob dieser Punkt zur Erörterung kommen werde.

## Entente-Intervention im griechisch-türkischen Konflikt.

Havas meldet aus Athen, in Regierungskreisen fahre man fort, vollkommenes Stillschweigen über die Art und Weise, in der die Friedensverhandlungen begonnen werden sollen, zu bewahren. Der offiziösen „Rea Smera“ zufolge ist es sicher, daß Griechenland nicht direkt mit den Kemalisten verhandeln, sondern die Friedensverhandlungen durch Vermittlung der Alliierten anbahnen wird, die die Bürgschaft für die Durchführung des abzuschließenden Vertrages übernehmen würden.

Gleichzeitig berichtet der Athener Korrespondent der „Daily Mail“ seinem Blatte, die griechische Regierung habe der englischen Regierung ihre Friedensbedingungen übermittelt. Mag diese Meldung auch noch verfrüht sein, so ist es doch unzweifelhaft, daß jetzt, nach den wiederholten Mißerfolgen der Griechen, der Augenblick für das Eingreifen der Entente gegeben ist. Nach Meldungen aus türkischer Quelle nähern sich die kemalistischen Streitkräfte bereits wieder Eski-Schehir, das vor einigen Wochen unter großem Jubel von den Griechen erobert wurde. Man darf wohl annehmen, daß binnen kurzem ein Waffenstillstand die militärischen Operationen beendigen und die Einleitung der Friedensverhandlungen ermöglichen wird. Von Interesse wird dabei sein, was aus dem Vertrag von Sevres werden wird, dem Verfallener Friedensvertrag, der als erster seine Unhaltbarkeit bewiesen hat.

## Rußland lehnt die Hilfe der Alliierten ab.

Die Sowjetregierung hat an England ein Schreiben gerichtet, in dem die Hilfsaktion des Obersten Rates unter den eingeleiteten Umständen abgelehnt wird. In diesem Schreiben heißt es u. a.: „Jeder Tag bringt uns neue Beweise dafür, daß gewisse Regierungen Interventionspläne gegen die Sowjetregierung bereit haben. Die Politik der französischen Regierung in Polen und Rumänien, die sich täglich in kriegerischen Vorbereitungen gegen Rußland äußert, ist durch die Tatsachen erwiesen.“

Demgegenüber weist die rumänische Regierung in einer offiziellen Kommunikation daraufhin, daß die angeblichen Gerüchte von einer Spannung zwischen Rumänien und Sowjetrußland, wie sie in dem Schreiben der russischen Regierung an England zwischen den Zeilen zum Ausdruck kommt auf Tatsachen beruhen.

## Die französische Gewerkschaftskonferenz.

Die Nationalversammlung der französischen Gewerkschaften nahm am Mittwoch die Wahl des Bureaus vor. Die Kandidaten wurden durch die Delegierten gewählt. Mit etwa 80 zu 60 Stimmen wurden die Mehrheitskandidaten gewählt. Jouhaux, Dumoulin, Loutant, Lapiere wurden mit 71 und Cal-

veiraud mit 77 Stimmen neuerdings zu Sekretären gewählt. An der Spitze der Gewerkschaftskommission stehen weiterhin Jouhaux und seine Mitarbeiter.

Bei den Wahlen des Verwaltungsausschusses für das Bureau des Allgemeinen Arbeiterverbandes erklärten die Vertreter der Minderheitsrichtung, sie würden das Verlangen des Allgemeinen Arbeiterverbandes nicht annehmen, gegen ihre Grundsätze zu arbeiten und für Ideen einzutreten, die sie bekämpfen, und sich dadurch mit den Taten, die begangen worden seien, solidarisch zu erklären. Die Vertreter der Mehrheit hätten beschlossen, die revolutionären Arbeiterausschüsse auszuschließen. Darin wollen sie sie nicht unterstützen, sondern sie daran hindern. Demgemäß wurden ausschließlich Vertreter der Mehrheitsrichtung gewählt. Auch der neue Verwaltungsausschuß besteht ausschließlich aus Angehörigen der Mehrheit.

## Die internationale Gewerkschaftskommission über Oberschlesien.

Die internationale Gewerkschaftskommission veröffentlicht jetzt ihren Bericht über die im Juli vorgenommene Studienreise durch Oberschlesien. Der Bericht stellt fest, daß sich in den Kreisen Beuthen Stadt und Land, Gleiwitz, Hindenburg Stadt und Königshütte eine klare Mehrheit von 55 Prozent für Deutschland ergeben hat. Ueber die „Einheit des Wirtschaftsgebietes“ wird u. a. folgendes ausgeführt:

„Eine Erwägung drängt sich vor allem auf, die von uns so größerem Gewicht ist, als sie von beiden Seiten anerkannt wird. Sie geht davon aus, daß das in Frage kommende Gebiet und zwar nicht nur das verhältnismäßig kleine, eigentliche Industriegebiet, in dem die Fabriken konzentriert sind, auch die Nachbarregionen mit ihren Rohstoffquellen eine Einheit bilden. Noch andere Faktoren bestimmen die wirtschaftliche Einheit: die Verkehrsmittel. Von Wichtigkeit ist auch die Wasserversorgung. Das Industriegebiet hat nicht genügend Wasser für den Hausgebrauch und Industrie, und es ist mit seiner Wasserversorgung auf ein Zentralbecken angewiesen. Schließlich kommt auch die Erzeugung der elektrischen Kraft in Betracht. Sie wird von zwei Stationen der ober-schlesischen Elektrizitätswerke in Chorzow und Zabrze, die in den äußersten Enden des Gebietes gelegen sind, besorgt.“

Diese unparteiischen Feststellungen und die klar erwiesene Tatsache, daß im Industriegebiet die deutsche Bevölkerung nach dem amtlichen Abstammungsergebnis sich in der Mehrheit befindet, sollten für den Völkerbundsrat Anlaß sein, das umstrittene Gebiet bei Deutschland zu belassen. Das Verbleiben des ober-schlesischen Industriegebietes beim Deutschen Reich muß allein aus rechtlichen Gründen ausgesprochen werden.

## Der Wert der abgelieferten Schiffe.

U. Paris, 23. September. Die Reparationskommission hat den Wert der von Deutschland gelieferten Schiffe auf 745 Millionen Goldmark festgelegt. Von dieser Zahl müssen gewisse Lieferungen abgezogen werden, die nach den Waffenstillstandsbedingungen nicht in Betracht kommen. Die festgelegte Ziffer wird den Krediten Deutschlands gutgeschrieben werden. Die Einschätzung bezieht sich nicht auf die Schiffe, die vor dem 1. Mai 1921 geliefert worden waren.

## Das Unglück in Oppau.

Mannheim, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Aufräumarbeiten an der Unglücksstätte in Oppau werden eifrig fortgesetzt. Die

Zahl der Toten beträgt bisher 350.

und wird sich höchstwahrscheinlich noch vermehren, sobald die Trümmerreste beiseite geschafft werden, so daß mit rund 400 Toten zu rechnen ist. In die Laufende geht die Zahl der Leichtverletzten. Auch schwerverletzte Arbeiter werden bisher über Tausend gezählt. Das Dorf Oppau ist völlig zerstört und es werden Monate vergehen, ehe die Instandsetzung der Wohnhäuser vollzogen ist. Der Schaden wird auf mindestens 1 1/2 Milliarden Mark geschätzt. Von dem Umfang der Detonation verlaute die Tatsache, daß das 5 Kilometer in der Nähe von der Amiinfabrik gelegene Automobilwerk Benz schwer beschädigt wurde und 30 schwerverletzte sowie 80 Leichtverletzte ins Krankenhaus geschafft werden mußten. In Mannheim wie Ludwigshafen sind die großen Warenhäuser geschloffen und die Fenster mit Brettern vernagelt. Die alte Amiinfabrik ist völlig im Gange. — Bisher wurden

49 gänzlich erblindete Arbeiter

in die Krankenhäuser von Mannheim gebracht.

## Beleid des Reichspräsidenten.

Berlin, 22. September.

Der Reichspräsident richtete an die Regierung in Speyer nachstehendes Telegramm: Tieferschüttert durch die Nachricht von dem juchharen Unglück im Oppauer Werk, spreche ich den bewauekasmerien Hinterbliebenen der getödeten Arbeiter und Angehörten meine herzlichste Teilnahme aus. Ich hoffe, daß es ärztlicher Pflege und Hilfe gelingt, die so zahlreichen Verletzten, deren ich in aufrichtigem Mitgefühl gedenke, zu retten. Der materiellen Notlage der von dieser Katastrophe Betroffenen vorzuziehen, wird die dringlichste Aufgabe der Reichs- und Staatsbehörden und menschenfreundlichen Hilfe der Volksgenossen sein. Der Reichspräsident hat den Reichsanwalt, mit tunlichster Beschleunigung die Hilfsaktion für die Opfer der Katastrophe in die Wege zu leiten.

## Die erste materielle Hilfe.

Der Reichspräsident überwies aus seinem Dispositionsfonds dem Betrag von 250000 Mark dem Hilfswerk für die Opfer der Katastrophe in Oppau.

Die Reichsregierung fordert für denselben Zweck vom Reichsrat und Reichstag 10 Millionen Mark. Denselben Betrag beantragt die Bayerische Mittelpartei beim Landtag. Zwischen der Reichsregierung und den durch das Unglück von Oppau betroffenen Landesregierungen stehen Verhandlungen über die Bildung eines Hilfsausschusses, der Spenden für die von dem Unglück Betroffenen sammelt und diese in enger Verbindung mit den örtlich beteiligten Stellen und Organisationen vor-

wenden soll. Spenden nimmt schon jetzt die Umstufung des Reichsarbeitsministeriums entgegen. Adresse: Berlin, Scharnhorststraße 35, Postfachkonto Berlin Nr. 58 726.

Mann, 22. September.

Wie mitgeteilt wird, ließ der französische Oberkommissar in den Rheinlanden, Trud, den Arbeitergewerkschaften in Ludwigshafen als erste Beihilfe für die Familien der Opfer des Unglücks in Oppau 75000 M. überreichen.

Darmstadt, 22. September.

In der heutigen Sitzung beschloß der Finanzausschuß des hessischen Landtages, einen Kredit von 1 Million Mark für Ludwigshafen zur Verfügung zu stellen. Außerdem werden die Regierung und der Finanzausschuß des Landtages eine allgemeine Sammlung im ganzen Lande veranstalten und unterstützen.

Berlin, 22. September.

Die preussische Regierung stellte zur Milderung des durch das Oppauer Unglück entstandenen Notstandes eine Million Mark der Bayerischen Regierung zur Verfügung.

## Ueber die Ursache des Unglücks

Ist noch nichts bekannt geworden. Ein Bericht der „Frankfurter Zeitung“ spricht davon, daß die Katastrophe auf den Ueberdruck eines Gasometers zurückzuführen ist. Diese Angabe findet in verschiedenen übereinstimmenden Beobachtungen im Augenblick der Explosion eine Stütze. Hier würde also die Prüfung einzuleiten haben. Es handelt sich nicht nur darum, die Schuldigen festzustellen, sondern in erster Linie auch darum, durch erhöhte Schutzmaßnahmen in den anderen Betrieben der Möglichkeit einer Wiederholung der Katastrophe vorzubeugen.

## Der Amiinonzern.

Der „Vorwärts“ schreibt: Der Amiinonzern, dem die fünf größten Amiin- und Farbwerte Deutschlands angehören, hat unter Führung der Badischen Amiin- und Sodafabrik im Jahre 1914 die Stickstoffproduktion in großem Umfang aufgenommen. Es galt damals, den für die Kriegführung unentbehrlichen Salpeter zu ersetzen, der bisher aus dem Ausland eingegeführt worden war, nach der Blockade aber nicht mehr eingeführt werden konnte und der zur Herstellung von Munition unentbehrlich war. Im Laufe des Krieges und später stellte man sich mehr auf die Fabrikation von Stickstoffdüngemitteln für die Landwirtschaft um. War doch durch den Fortschritt der Technik die Herstellung dieses bisher immer als Chilisalpeter eingeführten Düngers möglich geworden. Der Ausbau der deutschen Herstellung von Stickstoffdüngemitteln machte die deutsche Landwirtschaft von dem Auslandsbezug in hohem Grade unabhängig, erparte dadurch einen nicht unbedeutlichen Betrag der Devisen, die mit dem Rückgang der Mark im Preise gestiegen waren, und trug dadurch wesentlich zur Gesundung der deutschen Wirtschaft bei. Auf diesem Wege, der volkswirtschaftlich den größten Nutzen verspricht, ist Deutschland nun ein gutes Stück zurückgeworfen.

Am Hande versteht sich, daß die Stickstoffproduktion auch zu einer reichlichen Gewinnquelle für das Privatkapital geworden ist. Die fünf an ihm interessierten chemischen Unternehmungen konnten nicht nur sehr stattliche Dividenden verteilen, sie haben den Aktionären durch billige Bezugsrechte auf an der Börse hoch bewertete Aktien Kursgewinne ausgeschüttet, die in die Milliarden gehen. Sie haben sich außerdem einen Werterhaltungsfonds anlegen können, der sich ebenfalls einer halben Milliarde nähert. Und sie haben schließlich dem weiteren Ausbau der Stickstoffwerke von Oppau und Merseburg, für den eine besondere Gesellschaft gegründet wurde, eine halbe Milliarde zuwenden können.

Diese Zahlen zeigen, daß die deutsche Volkswirtschaft und vor allem die arbeitenden Massen von der Katastrophe schwerer betroffen werden als das Kapital, das schon bisher reichlichen Nutzen aus den Werken gezogen hat. Die große volkswirtschaftliche Bedeutung der heimischen Stickstoffproduktion war es auch, die letzterzeit den Genossen Otto Braun veranlaßte, die Sozialisierung dieser Industrie vorzuschlagen. Der Plan ist damals am Widerstand des Reichsernährungsministers gescheitert.

Die Stickstoffproduktion des Wertes, das binnen kurzem eine Jahreserzeugung von 100 000 Tonnen erreichen sollte, und damit einen nicht unwesentlichen Teil des Inlandsbedarfs in Stickstoffdüngemitteln hätte decken können, fällt für eine Weile aus. Bei den außerordentlichen Hoffnungen, die man auf die Stickstoffproduktion Deutschlands, vor allem für die Ausfuhr gesetzt hatte, kann dieser Ausfall nicht gleichgültig sein.

## Kleine politische Nachrichten.

Die Reichsrente der Erzbergermörder. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden: Eine Nachricht aus Genf stellt es als wahrscheinlich hin, daß die Mörder Erzbergers sich in die Schweiz geflüchtet haben und sich in der Ostschweiz aufhalten. Die Polizei verfolgt eifrig ihre Spur.

Entfernung des Polizeipräsidenten Pöschner. Wie dem B. L. aus München gemeldet wird, wird von den drei bayerischen Koalitionsparteien im Landtag vorwiegend ein Antrag eingebracht werden, in dem die Entfernung des Münchener Polizeipräsidenten Pöschner von seinem Posten gefordert wird.

Zeitungsverbote. Auf Grund des Artikels „Das neue deutsche Zentrum“ ist das „Miesbacher Tageblatt“ vom Staatskommissar für München bis zum 28. September einschließlich verboten worden. Auch der „Miesbacher Anzeiger“ darf als Ersatzblatt für das verbotene „Miesbacher Tageblatt“ nicht erscheinen.

Verfahren gegen den Minister Fleischer. Seitens der Dresdener Staatsanwaltschaft ist gegen den sächsischen Kultusminister Fleischer ein Verfahren anhängig gemacht worden. Fleischer wird beschuldigt, in einer Verammlung keine Zuhörer öffentlich zur Anwendung von Gewalt aufgefordert zu haben, um den bürgerlichen Staat zu zertrümmern.

Die Meldung über die Berufung des Majors Müller. Braunschweig zum Presseschef der sächsischen Landespolizei wird jetzt amtlich dementiert.

Ende des französischen Streiks. Der Solidaritätsstreik aller Arbeiterkategorien in Roubaix ist beendet; der Lohnstreik im Textil-, Metall-, Bau- und Transportgewerbe geht weiter.

Ein Konflikt in der belgischen Kammer. Der belgische Senat nahm mit 58 gegen 44 Stimmen einen Gesetzentwurf an, der den Frauen bei Provinzialwahlen das Stimmrecht verleiht. Die Kammer hatte diesen Vorschlag bereits verworfen, jedoch nunmehr ein Konflikt entsteht, der zur Auflösung der Kammer führen kann.

Das Ultimatum an Ungarn. Nach Meldungen aus Wien wurde am Donnerstag das Ultimatum der Entente in Budapest überreicht. Das Ultimatum enthält eine 14tägige Frist für die Annahme von Westungarn. Man glaubt, daß die ungarische Regierung das Ultimatum erfüllen wird.

Die englische Arbeiterpartei an Lloyd George. Die gemischte Kommission der Arbeiterpartei der Gewerkschaften hat auf ihrem Kongress beschlossen, eine Tagesordnung an Lloyd George zu senden, worin der Ernst der durch die Arbeitslosigkeit geschaffenen Lage auseinander gesetzt und ein unverzügliches Zutritt zum Parlament als notwendig bezeichnet wird.

# Für und wider die Koalition.

Der Görtlicher Beschluß über eine eventuelle Erweiterung der Regierungskoalition ist eine Geburt der Not und erfährt als solche in der gesamten Presse eingehende Beachtung. Die bürgerlichen Kreise setzen bereits die schönsten Hoffnungen auf eine Mauerung der Sozialdemokratie. Damit werden sie aber wenig Glück haben. Der Beschluß bedeutet allerdings eine Wendung in der bisherigen Taktik der Sozialdemokratie, und zwar insofern, als die Hindernisse, die bisher einer erweiterten Koalition im Wege standen, weggeräumt sind. Vorläufig aber steht diese taktische Wendung nur auf dem Papier und sie wird und kann erst durchgeführt werden, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, die gleichfalls in der Resolution bekannt gegeben werden. Soweit unsere Forderungen die Volkspartei anbetreffen, können wir nicht feststellen, daß diese Partei eine Gewähr für die Durchführung dieser Forderungen im Augenblick gibt. Die Volkspartei von heute hat das Ultimatum abgelehnt, sie vertritt in Steuerfragen in krasser Form einseitige Interessen des Kapitalismus und hat bisher nur mit Worten gezeigt, daß sie für den Schutz der Verfassung eintritt. Solange der Teil der volksparteilichen Reichstagsfraktion, der sich ehrlich auf den Boden der Demokratie gestellt hat, der anerkennt, daß unter den heutigen Finanzverhältnissen auch die Substanz angegriffen werden muß und bereit ist, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten Gewaltangriffe gegen die Verfassung zu verteidigen, in der Minderheit bleibt, solange wird die Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie auf breiterer Grundlage eine Politik der Mitte zu betreiben, keinen praktischen Erfolg haben. Jedenfalls gibt es in der Frage der Koalition zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei kein ruhendes Land in unserer Zeit, sondern lediglich die Aufstellung des Verlangens an die Volkspartei, ein klares Bekenntnis zur Verfassung abzulegen.

Zum Görtlicher Beschluß schreibt der „Vorwärts“: Es ist ein Versuch, der unternommen wird, und niemand vermag zu sagen, ob er glücken wird. Möglich, daß die Verhandlungen, die sich zunächst auf die preussische Regierungsbildung beziehen werden, scheitern, möglich auch, daß der Versuch, kaum, daß er unternommen wurde, wieder abgebrochen wird. Nach der überwiegenden Meinung des Parteitagcs dürfte aber unter den gegebenen Verhältnissen dieser Versuch nicht von vornherein unmöglich gemacht werden. Es steht zuviel auf dem Spiel. Die Deutsche Volkspartei weiß, daß es der Sozialdemokratie um die Verteidigung der Republik verheißt ernst ist und daß sie eine erweiterte Koalition einzig und allein zu dem Zweck in Erwägung zieht, diese Verteidigung wirkungsvoller zu gestalten.

Daß der Beschluß des Parteitages nicht sofort die Zustimmung aller Genossen im Lande finden wird, läßt sich unschwer voraussehen. Wir wollen uns an diejenigen Parteigenossen wenden, denen die Treue zur Partei eine Selbstverständlichkeit ist, und die vielleicht gerade deshalb den Folgen des gesagten Beschlusses mit Mißmut und Sorge entgegensehen. Diesen Genossen sei gesagt: Aus Lust an Ueberraschungen und zum bloßen Vergnügen haben die 290 Parteitagcsdelegierten nicht für diesen Beschluß gestimmt. Der Beschluß, der eine Erweiterung der Koalition ermöglicht, ist eine logische Folge der Koalitionspolitik selbst. Der Verzicht auf die Koalitionspolitik überhaupt bedeutet aber unter den gegenwärtigen Umständen nichts anderes, als den kaum noch vermeidbaren Bürgerkrieg. Es wäre geradezu ein Hohn, wenn die Verteidigung der bedrohten Republik den bürgerlichen Parteien allein überlassen bliebe. Die Opposition aber kann eine bestehende Staatsform kaum anders schätzen, als indem sie sich zu ihrer Verteidigung eigene Machtmittel schafft, wobei sie mit unübersteiglicher Notwendigkeit in einen Konflikt mit der bestehenden Staatsgewalt gerät. Um Deutschland vor den Gefahren eines offenen Bürgerkrieges zu schützen, macht die Sozialdemokratie den letzten Versuch, den Schutz der Republik von den leitenden Stellen der Republik aus selbst zu bewirken. Das kann sie aber nur, wenn sie in der Regierung bleibt und in den Einzelstaaten, vor allem in Preußen, in die Regierung hineingeht. Mißlingt dieser Versuch, weil bürgerliche Koalitionsmitglieder ihre lokale Mithilfe versagen, dann tragen diese die Verantwortung für alles, was daraus folgt.

Ueber die Erweiterung der Koalition ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Es kann sein, daß die Kritiker recht behalten. Sie sollen sich dann nur aber auch darüber klar sein, daß die Folgen, die sich dann ergeben, schwer und ernst sein werden. Wir stehen im Kampf. Was jetzt geschieht, ist eine taktische Wendung, und wenn sie den immerhin möglichen Erfolg nicht bringt, dann wird der Kampf schärfer denn je entbrennen. Wir können für die nächste Zeit nicht Verzerrung und Zersplitterung brauchen. Wir halten es mit dem Wort Scheidemanns, daß Koalitionen vergänglich sind, daß aber unzerstörbar bleibt die innere Zusammengehörigkeit der Arbeiterklasse. Wir brauchen notwendiger denn je Einigkeit, Bereitschaft, Disziplin!

Als scharfer Gegner des Beschlusses läßt Genosse Erich Ruttner durch die Soz. Korresp. folgenden Artikel verbreiten:

Man darf sich nicht täuschen: der Beschluß des Parteitages zur Koalitionsfrage wird Widerspruch in weiten Parteikreisen finden. Natürlich wird gegen den, der dem Widerspruch Zunge verleiht, sehr bald der Vorwurf erhoben werden, daß er den Widerspruch erst hervorgerufen habe. Aber wer noch irgendwelche Fühlung mit den Arbeitermassen hat, der hat den Widerspruch während der letzten Tage in hundert erregten und besorgten Fragen zu hören bekommen. Der Widerspruch ist da, und wenn man ihm das legale Sprachrohr nimmt, so ist zu befürchten, daß er sich in einer für die Partei weit schädlicheren Weise entladen wird.

Selbst die Befürworter der „neuen Taktik“ hätten sich sagen sollen, daß ihr Beschluß die Massen geistig absolut unvorherbereitet trifft. Aber statt die entscheidende taktische Frage hat man den Entwurf eines Parteiprogramms auf den Parteiversammlungen diskutieren lassen. Die Massen glaubten, in Görtlich werde ein Programm beschlossen; daß ein entscheidender taktischer Beschluß bevorstehe, ahnten sie kaum.

Das Wort August Bebel's, daß ihm beim Lob der bürgerlichen Presse unheimlich zumute werde, ist bekannt. Heute predigt die bürgerliche Presse der Sozialdemokratie laute freundliche Worte, daß man unwillkürlich an Bebel zurückdenkt, der meinte, wenn es soweit komme, habe er sicher

einen Fehler gemacht. Für die bürgerliche Presse steht fest, daß der Beschluß des Parteitages — trotz seiner theoretischen Form — das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei bedeutet. Das braucht er nach seinem Vorklaute nicht zu bedeuten, gewiß nicht. Aber nach den begleitenden Reden Franz Krügers, Hermann Müllers, Scheidemanns um. kann er nichts anderes bedeuten. Und die Zukunft wird zeigen, daß dies seine Bedeutung sein sollte.

Mit diesen Beschlüssen betritt die Partei einen furchtbar gefährlichen Boden, vor dem die heutigen Befürworter des Beschlusses selber zum großen Teil noch vor wenigen Monaten gewarnt haben. Am zutiefsten dürfen mit dem Beschluß die Unabgängigen sein, soweit sie kurzfristige Parteiegoisten sind. Denn was vor sechs Monaten in jedem sozialdemokratischen Blatt stand, daß das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei das einzige Mittel sei, um der USA, wieder auf die Beine zu helfen, — das kann nicht im Verlauf weniger Monate plötzlich unwahr geworden sein. Wer freilich die Arbeiterbewegung unter weitem Gesichtswinkel sieht, der hat ein Recht zur Trauer. Die guten und gesunden Reime einer Wiedervereinigung werden durch diesen Beschluß zerstört. Die Angriffskraft der Sozialdemokratie geht verloren. Die Agitation wird allenthalben durch Rücksichtnahme auf Koalitionsgenossen gefesselt. Auf den Straßen prügeln sich die Anhänger der schwarzweißroten und der schwarzrotgoldenen Flagge, was gewiß nicht immer schön ist, aber ihre innere Stimmung darstellt. Im Parlament sollen Schwarzweißrot und Schwarzrotgold zusammenarbeiten, während dies draußen geschieht. Der wirtschaftliche Schwerpunkt der jetzigen Situation liegt in der Steuerfrage und in der Erfassung der Goldwerte. Die sozialistischen und privatkapitalistischen Antipoden in dieser Frage sollen das Problem gemeinschaftlich lösen. Wie soll das praktisch ausgeführt werden? Koalitionsfragen finden ihre natürliche Grenze in der Lutherischen Konstatierung: wir stehen hier und ihr steht hier, ihr habt einen anderen Geist als wir.

Die Parteigenossen, die in dem Görtlicher Beschluß eine schwere Gefahr für die Partei sehen, haben jetzt eine Pflicht und Aufgabe: dafür zu wirken, daß möglichst wenig von diesem Beschluß in die Praxis umgesetzt werde.

Die unabhängige „Freiheit“ betont, daß sich gegen die sozialdemokratischen Mindestforderungen nichts einwenden lasse. Ihre Durchführung sei notwendig. Der Reichsanwalt habe sich für ein Programm ähnlicher Art verpflichtet. Nach diesen Feststellungen läßt sich die „Freiheit“ durch ihre Liebe zu vollen Worten und vertrauten Gedankenbildern dazu verführen, das folgende zu schreiben: „Durch taktische Kombinationen läßt sich in Deutschland heute die Republik nicht sichern, der Kampf muß ausgekämpft werden.“ Das Blatt schreibt weiter: „In der augenblicklichen politischen Situation wäre alles darauf angekommen, den ganzen Druck der Arbeitermassen zur Geltung zu bringen, um die notwendigen politischen Folgerungen durchzusetzen. Die Position war stark, eine Regierung gegen die Einheitsfront der Arbeiterschaft nicht möglich, weil auch das Zentrum einen solchen Kampf, in dessen Mittelpunkt die Sicherung der Republik und die Steuerfragen stünden, nicht wollen könnte.“ Der Beschluß von Görtlich bedeutet die Schwächung dieser Position.“ — Die „Freiheit“ ist mit uns der Meinung darin, daß reden allein nicht hilft, es muß gekämpft werden. Aber wie das geschehen soll, wenn sie selbst sich nicht in die Linksfrente einliebert, das sagt sie nicht.

Und Alfred Henke schreibt in der „Hamburger Tribüne“ am 21. September: „Wir müssen also zur Teilnahme an einer Koalitionsregierung im gegebenen Moment bereit sein. Zum Besten des proletarischen Klassenkampfes und zum Schaben der Reaktion.“

Genosse Kautsky schreibt: Der Görtlicher Beschluß präsentiert einen Koalitionsgedanken in einer Form, in der er den geschlossenen Widerstand der Unabhängigen finden wird. Der Görtlicher Beschluß hat die sich anbahnende Einigung wenn auch nicht geradezu zerschlagen, so doch sicher für geraume Zeit ins Stoden gebracht.

Der volksparteiliche Abgeordnete und Rechtslehrer Kahl schreibt: Unsere Bereitwilligkeit, mit der Sozialdemokratie gemeinschaftlich zu arbeiten, ist ein alter Bekämpf haben, ist der Anspruch der Sozialdemokraten, in der Regierung tonangebend zu sein und eine Vorherrschaft über die anderen Koalitionsparteien auszuüben. Soll es zu einer Arbeitsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten kommen, so muß die Voraussetzung dafür ein so breiter Boden für die gemeinsame Arbeit sein, daß unsere grundsätzlichen Anschauungen nicht verletzt werden. Die Frage der Staatsform braucht jetzt kein Trennungspunkt zu sein. Ich gehe ohne weiteres zu, daß praktische Politik nur mit der Arbeiterschaft gemacht werden kann, verweise aber immer wieder darauf, daß weite Arbeiterkreise nicht sozialistisch gesinnt sind, sondern auf unserer Seite stehen. Durch die Zusammenarbeit der Deutschen Volkspartei mit den Sozialdemokraten würde aber auch der falsche Anschein vermieden, als stünde unsere Partei in einem Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterschaft. Die Deutsche Volkspartei ist für die Arbeiter stets ebenso warm eingetreten wie für die anderen Stände. — Wer's glaubt!

## Die Kommunisten

geben in Berlin ein Organ der Sowjetregierung (Nowij Mir) heraus, das sich mit dem Beschluß des Görtlicher Parteitages beschäftigt. In dem Artikel kommt folgende Stelle vor: „Zusammen mit der reaktionären monarchistischen Volkspartei werden sie die Interessen des deutschen Proletariats verteidigen... Vom Jubel der ganzen (?) bürgerlichen Presse begleitet, reichte der Görtlicher Parteitag Herrn Stinnes seine Hand...“

Was den Ausfall des „Nowij Mir“ besonders skandalös macht, ist die Tatsache, daß der Vertreter der Sowjetregierung, Herr Krafft, jetzt zu dem ausgerechneten Zweck in Berlin eingetroffen ist, um ausgerechnet Herrn Stinnes — nach dem Ausdruck des „Nowij Mir“ — die Hand zu reichen und mit ihm sowie mit anderen deutschen Kapitalisten ein wirtschaftliches Bündnis abzuschließen. Währenddessen schmachten Tausende russischer Sozialisten in den Gefängnissen Sowjetrußlands und die besten Männer und Frauen des Landes werden erschossen.

## Felle, die wegschwimmen.

Die reaktionäre Presse kommt langsam aus ihrem ersten Schlaumen heraus. Das hat sie von Görtlich nicht erwartet. Die „Deutsche Tageszeitung“ betont, daß die sozialdemokratischen Mindestforderungen nichts anderes seien als ein Bruch der Weimarer Verfassung. Sie verlangt von der Reichsregierung die Anwendung der Verordnung vom 29. August gegen die Mehrheitssozialdemokratie! Bei den Görtlicher Beschlüssen handele es sich nicht um Urakten oder Pläne einzelner Wahnwütiger, sondern es sei die offene Drohung einer großen Partei mit Gewalt und Bürgerkrieg. Der Görtlicher Beschluß mit seinen Mindestforderungen bringe den Anfang einer bolschewistischen Diktatur in Deutschland.

Die schwerindustrialisierten Blätter kämpfen mit extatischem Fanatismus in gleicher Front mit der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“. Der „Lokalanzeiger“ hebt beschwörend die Hände und predigt: „Die Deutsche Volkspartei darf keinen Finger rühren für andere als von der hohen sozialdemokratischen Obrigkeit amtlich zugelassene Einrichtungen, bei Strafe sofortiger Aufhebung der Koalition.“

## Wie Frauen wählen.

Da zur Landtagswahl in Thüringen für 694 Männer- und Frauenstimmen getrennt geführt wurden, läßt sich folgendes interessante Ergebnis feststellen: Gemählt haben 20 076 Männer, 23 544 Frauen, insgesamt 43 620.

	Männern	Frauen
S. P. D.	1 198	1 067
U. S. P. D.	8 674	10 161
N. P. D.	1 587	1 350
	11 359	12 578
D. Vp.	6 346	8 186
Dntk.	1 170	1 599
Th. Vb.	102	97
D. D. R.	884	987
Zentrum	114	147
	8 716	10 966

In allen anderen Orten und Bezirken, wo man ähnlich getrennte Wahlen vornahm, ergab sich überall ein gegenwärtiges Resultat.

## Erlaß gegen den Preiswucher.

Berlin, 23. September.

In einem preussischen Ministerialerlaß gegen den Preiswucher werden die einschlägigen Dienststellen ersucht, die Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere der Lebensmittel einer eingehenden und fortläufigen Ueberswachung zu unterziehen. Die gesamte Politik soll die Ueberswachung in Verbindung mit den amtlichen Wucherstellen ausüben.

## Volkswirtschaft.

Hamburg, 22. September.

Anzeichen der Butterpreise. Bei der heutigen Auktion der Meiereiverbände von Schleswig-Holstein waren die Zufuhren wieder etwas reichlicher als bei den beiden letzten Versteigerungen. Es standen über 200 Kaseilinge zum Verkauf, die trotz schleppender Kauflust fast alle abgesetzt wurden. Die Preise zeigten steigende Tendenz und betrugen 23,35 bis 26,25 Mk. das Pfund gegen 23 bis 25,95 Mk. auf der vorwöchigen Auktion.

## Viehmärkte.

Hamburg, 22. September.

Dänen: I 7,50—8,50 Mk., II 6,50—7,50 Mk., III 5,25—6,00 Mk., Bullen: I 6,00—7,00 Mk., II 5,25—6,00 Mk., III 4,25—5,00 Mk., Rüge: I 7,30—8,00 Mk., II 6,00—7,00 Mk., III 4,50—5,50 Mk., VI 3—4,30 Mk.; Weidemaßschafe: I 6,00—6,50 Mk., II 4,50—5,00 Mk., III 3,00—4,00 Mk. Der Antriebs belief sich auf 2041 Rinder (612 Dänen, 149 Lutten, 507 Bullen und 773 Rüge), darunter 29 Dänen, und 1700 Weidemaßschafe. Der Handel verlief bei allen Qualitäten ziemlich lebhaft, durch die Kammer wurden 220 Rinder und 240 Schafe verkauft.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 22. September.

Amfliche Devisennotierung an der Berliner Börse.		22. Sept.	21. Sept.
Amsterdam	100 fl.	8484.05	9434.05
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	767.70	770.20
Kristiania	100 Kr.	1373.60	1368.60
Kopenhagen	100 Kr.	1930.55	1933.05
Stockholm	100 Kr.	2375.10	2372.60
Helsingfors	100 finn. Mk.	171.80	175.80
Rom	100 Lire	443.55	457.—
London	1 £	404.55	406.55
New York	1 Doll.	108.64	109.39
Paris	100 Frs.	766.70	768.95
Zürich	100 Frs.	1876.90	1883.10
Madrid	100 Pesetas	1898.60	1423.55
Wien	100 K.	9.53	9.78
Budapest	100 K.	14.48	14.98
Prag	100 K.	126.35	127.10

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 22. September 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit	Tag	Stb.
D.		Fehmarn	Schwenn	Burg			4
D.		Kanal 2	Petersen	Gothenburg		2	
D.		Schlutup	Hülßen	See		14	
D.		Cytop	Diehl	Lüthgen		1	
	S.	Merkur	Möllen	Sonderburg		4	
	S.	Heinrich Johannes	Anderien	Oereskoopling		1	
	S.	Louhi	Zeabeiman	Unroos		7	

Angelommen am 23. September 1921.

D.	Otto Jppen 28	Abrens	Riel			8
S.	Dans	Röser	Reibings			5

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton: H. Hermann Bauer; für Freiheit Lübeck und den übrigen Teil: August Schulz; für „Inferno“ Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

# Morgens früh

Ab

im Lichthof  
staunend billige

# STRÜMPFE

Beachten Sie unser Schaufenster Breite Straße

- Damenstrumpf** englisch lang, schwarz, gute Qualität... Paar **6<sup>95</sup>**
- Damenstrumpf** engl. lang, 2x2 gestr., Wolle platt., schwarz... **8<sup>75</sup>**
- Damenstrumpf** deutsch lang, kräftig, Ia. Wolle platt., schwarz **11<sup>75</sup>**
- Damenstrumpf** englisch lang, echt äg. Mako, schwarz... Paar **14<sup>75</sup>**
- Damenstrumpf** engl. lang, Ia. Musselin-Flor, schwarz... Paar **16<sup>75</sup>**
- Damenstrumpf** deutschg., aus kräftiger Ia. Wolle gestr., schwarz **19<sup>75</sup>**
- Damenstrumpf** engl. lang, klar, feinsten Seidenflor... Paar **23<sup>50</sup>**
- Damenstrumpf** engl. lang, schwarz, reine Kaschmir-Qualität, Paar **29<sup>50</sup>**
- Damenstrumpf** reine Seide, m. Florsohle Florrand, schwz., wB., led. **42<sup>50</sup>**

- Herren-Socken** derb, gestrickt, 2x2, grau meliert... Paar **3<sup>95</sup>**
- Herren-Socken** 2x2 gestrickt, Wolle, dunkelgrau... Paar **5<sup>95</sup>**
- Herren-Socken** „Schweißqualität“ kräftig, mittelgrau... **5<sup>95</sup>**
- Herren-Socken** „Schweißqualität“ Ia. wollhaltig, grau... **9<sup>75</sup>**
- Herren-Socken** 2x2 gestrickt, Wolle, solide Qualit., schwarz **10<sup>75</sup>**
- Herren-Socken** Ia. reine Wolle, grau meliert... Paar **14<sup>75</sup>**
- Herren-Socken** extra Ia. reine Wolle, schwere Qualität, grau **19<sup>75</sup>**
- Füßlinge** mittelfeine Baumwolle, schwarz... Paar **3<sup>95</sup>**
- Füßlinge** schwarz, Wolle, gestrickt... Paar **8<sup>75</sup>**

## Kinder-Schul-Strümpfe aus Ia. Wollqualität sehr solide

- |                 |                  |                  |                  |                  |                  |                  |                  |                  |                  |
|-----------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 1               | 2                | 3                | 4                | 5                | 6                | 7                | 8                | 9                | 10               |
| 9 <sup>75</sup> | 10 <sup>75</sup> | 11 <sup>75</sup> | 12 <sup>75</sup> | 13 <sup>75</sup> | 14 <sup>75</sup> | 15 <sup>75</sup> | 17 <sup>50</sup> | 18 <sup>75</sup> | 19 <sup>75</sup> |

## Ferner zum Ausschauen:

Ein Posten Einzelpaare nur guter und bester Qualitäten  
teilweise mit kleinen Schönheitsfehlern. — Vom Umtausch ausgeschlossen.

- Serie I** Ein Posten Damenstrümpfe, gute Baumwollqualität, schwarz und farbig... **5<sup>95</sup>**
- Serie II** Ein Posten Damenstrümpfe, beste baumwollene Musselin-Qualität... **9<sup>75</sup>**
- Serie III** Ein Posten Damenstrümpfe, Ia. Flor- und Seidenflorqualität, schwarz u. farbig **12<sup>75</sup>**
- Serie IV** Ein Posten Damenstrümpfe, Ia. Kaschmir-Wolle und in Seide... **27<sup>50</sup>**
- Serie V** Ein Posten Herrensocken, Ia. Qualität, schwarz und bunt... **5<sup>95</sup>**
- Serie VI** Ein Posten Kinderstrümpfe, reine Wolle, Größe 4-8... **4<sup>95</sup>**
- Serie VII** Ein Posten Kinderstrümpfe, Ia. Strappazier-Qualität, 1x1 gestr., lederfarbig **4<sup>95</sup>**
- Serie VIII** Ein Posten Kinderstrümpfe, Ia., lederf., gestr., nur große Nummern... **9<sup>75</sup>**

Rudolph **Karstadt** Akt.-Ges.

## Freistaat Lübeck.

Freitag, 23. September.

### Herbstbeginn 1921.

Des Sommers Flammen sind ausgerückt.  
Herbst hat alles in Gelbrot getaucht.  
Die weißen Nebel schweben und steigen.  
Nacht! tropft es von milden Zweigen.  
Und am grauen Wege der Zeit  
Kauert die Hoffnungslosigkeit . . .

Und jedes Auge, das vorwärts schaut,  
Hatte so sehr dem Sommer vertraut,  
Daß er uns weiter bringen würde, —  
Daß er erleichtern uns würde die Bürde,  
Die wir in diesen quälenden Tagen  
Stamm, mit schmerzenden Schultern tragen!

Wollen verhängen grau und bleiern  
Weiter die Zukunft mit zähen Schleiern . . .  
Doch wir dürfen auch nicht ermatten,  
Dürfen nicht fürchten Nebel und Schatten —  
Müssen durch tausend Widrigkeiten  
In eine bessere Zukunft schreiten. —  
Müssen an unzureichende denken,  
Können ein lichteres Los zu schenken, —  
Müssen durch Herbst- und Wintersnöte  
Wandern zu neuer Lenzmorgentrote!

Brüder, du meinst, der Weg wird weit? . . .  
Nur nicht zagen; es kommt die Zeit,  
Da die neuen Hoffnungen sprechen,  
Da Erlösungen lächelnd grüßen!  
Frauen auch teilt des Herbstes Stürme  
Um die Dächer und um die Türme.  
Zwingt auch das Dunkel das fliehende Licht.  
Unsere Zukunft zwingt es nicht!  
Tropfen um Tropfen und allgemach  
Wächst aus der Finsternis neu der Tag!  
Und der drückendste Herbstbeginn  
Wird bereitet uns zum Frühlingsgewinn!

### Der Bürgerblut.

Nun kann der Wahlkampf beginnen. Die „Einheitsfront“ des gesamten Bürgertums ist hergestellt. Die Demokraten, die anfangs nicht so recht mitmachen wollten, haben sich bereit gelassen und gehen nun Arm in Arm mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Wie bereits kurz berichtet, haben die Demokraten in ihrer Mitgliederversammlung am Dienstagabend beschlossen, von der Aufstellung einer Sonderliste Abstand zu nehmen und sich dem bürgerlichen Mischmasch anzuschließen. Auch der Gewerksverein, in dem bekanntlich die rückwärtlichen Handwerksmeister dominieren, hat das gleiche beschlossen. Mancher mag über den Beschluß der Demokraten erstaunt sein. Wer aber die Dinge näher kennt und weiß, aus welchem Hölle die höchsten logananten Demokraten geschnitten sind, der konnte von vornherein nichts anderes erwarten. Die bisherige demokratische Fraktion hatte viele Mitglieder, die nach ihrer inneren politischen Anschauung zur Deutschen Volkspartei gehörten. Der Novemberwind von 1918 hatte sie nur etwas nach links gesetzt. Nachdem nun dieser Sturm vorüber ist, finden sie sich zu den äußersten Rechtsparteien wieder zurück.

Die gesamte bürgerliche Presse, von den „Lüb. Anz.“ bis zum „General-Anzeiger“, jubelt über den demokratischen Beschluß. Endlich ist das langgeheute Ziel, die Einheitsfront, erreicht. Die Rückwärtler glauben, den Sieg bereits in der Tasche zu haben. Man hat ja auch schon, wie wir bereits berichteten, im Voraus von 80 Stimm 42 unter dem Mischmasch verteilt.

Der Wahlkampf soll nunmehr vom Bürgertum unter der Parole geführt werden: Nieder mit der Sozialdemokratie! Der rote Drache soll unter allen Umständen bezwungen werden.

gen werden. Gelingt das nicht, dann geht Lübeck rethungslos zugrunde. Eine neue sozialdemokratische Mehrheit führt zum Ruin der Vaterstadt, so ungefähr kann man heute bereits fast tagtäglich in der bürgerlichen Presse lesen. Wie schrecklich doch die Sozia! sind! Wer das nun nicht so recht glauben will, dem wird erzählt: Ja, wenn auch bisher mit der Sozialdemokratie auszukommen war, so wird eine neue Mehrheit, die fast nur aus blutrünstigen radikalen Elementen besteht, alles in Grund und Boden wirtschaften. Kein Wunder, wenn es die Spieker namentlich mit der Angst bekommen. Die biedereren Innungsmeister haben denn auch in ihrer letzten Gemeindevorversammlung das Gelöbnis abgelegt, daß das Handwerk mit allen Kräften und mit allen erreichbaren Stimmen gegen seinen wirtschaftlichen Ruin, den eine Fortdauer der sozialistischen Mehrheit bedeuten würde, kämpfen würde. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß nicht die Sozialdemokraten das Handwerk in der Existenz bedrohen, sondern das Großkapital es ist, welches mit seiner Konkurrenz den Handwerkern das Leben sauer macht. Die Handwerker, die sich nun mit den Vertretern der Großindustrie verbündet haben, scheinen also mit Blindheit geschlagen zu sein.

Die Sozialdemokratie aber wird den Wahlkampf nun mit aller Kraft und Energie gegen den Bürgerblut aufnehmen. Trotz aller Lügen und Verleumdungen ihrer Gegner wird sie siegen und die Mehrheit wieder erreichen. Das ist im Interesse der Stadt und der breiten Massen unbedingt nötig.

**Achtung, Arbeiter-Jugend!** (Abt. Hollentor-Süd). Unsere letzte Nachtmwanderung nach Scharbeug-Klingberg am Sonntagabend, 24. September geht um 7 Uhr vom Lindenplatz. Um zahlreiches Erscheinen bittet  
der Vorstand

**Die Adresse des Bezirksvorstandes der Arbeiter-Zugendvereine für den Bezirk Mecklenburg-Lübeck ändert sich ab 23. September d. J. wie folgt:** Karl Leh, Lübeck, Adnigstr. 45 I im Kitzgel

**Die heiligen Farben der Reaktion.** Die „Lübeckischen Anzeiger“ brachten am Mittwochabend einen Artikel mit der Ueberschrift: „Knopfloch-Politik“. In wörtlicher und höhnischer Weise wird darin über das Tragen der Farben der Republik hergezogen. Es wird so dargestellt, als wenn die Mehrheitssozialisten die neuen Reichsfarben zu ihren Parteifarben gemacht hätten und nun ihre politische Gesinnung im Knopfloch zeigen wollten. Dabei weiß das Amtsblatt ganz genau, daß das Tragen der schwarz-rot-goldenen Schleifen nur eine Antwort ist auf das nationalsozialistische Treiben ihrer politischen Gesinnung, der Sankt-Kreuzer, der Stahlhelmkämpfer usw. Die Feinde der Republik glaubten in ihrem Uebermut das monarchische Banner ungehindert entfalten, die Republik und ihre Anhänger verhöhnen zu können. Da kam als Antwort die mächtige Friedensdemonstration der Lübecker Arbeiterchaft, die heilsam wirkte. Jetzt aber glaubt man einen neuen Vorstoß wieder wagen zu können. Das Amtsblatt schreibt schon wieder davon, daß die Farben des deutschen Reiches schwarz-weiß-rot und heilig für sie seien. Sie sollen „des deutschen Volkes und der deutschen Zukunft Wahrzeichen sein.“ Und weiter heißt es: „Wir wollen unsere Treue zu den alten reinen deutschen Farben schwarz-weiß-rot offen bekennen und kein Mensch hat das Recht, uns zu verwehren, sie auf unseren Häusern zu hängen.“ Wenn dann ferner gesagt wird, die heiligen Farben seien zu schade für parteipolitische Verwendung, so ist das eine elende Peuscherei. Das schwarz-weiß-rote Banner ist von den Nationalisten in letzter Zeit nur parteipolitisch verwendet worden. Die Parteilochhaftigkeit steht dem edlen Blatt schlecht. Uebrigens wollen wir noch einmal feststellen, daß das wahrheitsliebende fürnehme deutsch-nationale Organ sehr gut weiß, daß in der Verfassung steht: Die Farben des deutschen Reiches sind schwarz-rot-gold. Wenn es trotzdem fortgesetzt von der schwarz-weiß-rotten Farbe des deutschen Reiches spricht, so entspringt diese Unwahrheit wohl aus der Liebe und Verehrung des monarchischen Banners und aus der edlen monarchischen Gesinnung. Das eine aber wollen wir den Herrschaften doch verraten, wenn sie glauben, die Republik und die Arbeiter, welche die neuen Reichsfarben tragen, verpöten und verhöhnen und einen neuen Feldzug unternehmen zu können, so irren sie sich. Die Arbeiterchaft, welche die kleinen Schleifen als äußeres Kennzeichen zur Republik trägt, ist auch bereit, wenn es sein muß, die Republik mit allen Mitteln gegen die Angriffe der Reaktion zu verteidigen.

**Arbeitsmarktlage.** Aus dem Arbeitsamt wird uns geschrieben, daß die Lage des Arbeitsmarktes zurzeit so günstig ist, wie seit langem nicht. In fast allen Berufen ist eine erfreuliche Besserung eingetreten. Es wurden in den letzten Tagen täglich annähernd 100 Personen vermittelt. Bei der produktiven Arbeitsfürsorge sind 140 Personen beschäftigt. Die Zahl der Erwerbslosen, die zurzeit Erwerbslosenunterstützung empfangen, ist so gering, wie sie hier noch niemals gewesen ist.

**Falsche Banknoten zu 10 Mk.** Von den seit Anfang Januar d. J. dem Verkehr zugeführten Reichsbanknoten zu 10 Mk. mit dem Datum des 6. Februar 1920 sind außer der Ende Juni durch die Tagespresse bekanntgegebenen Fälschung weitere Nachbildungen aufgetaucht. Abgesehen von der mangelhaften Wiedergabe der Zeichnung, fehlen den Fälschungen die Hauptkennzeichen echter Noten: das Wasserzeichen und der eingewirkte Faserstreifen auf der Rückseite, der beim Fälschtlich zumeist durch aufgedruckte braune Striche vorgetäuscht ist. Das Reichsbank-Direktorium warnt vor Annahme derartiger Fälschungen und empfiehlt dem Publikum erneut, als Selbsthilfe gegen Verluste aus der Annahme solcher Fälschungen sich das Bild der echten Noten, namentlich auf genannte Kennzeichen hin, einzuprägen. Gleichzeitig wird in Erinnerung gebracht, daß die Reichsbank für die Aufdeckung von Fälschmüngerstätten und für zweckdienliche Mitteilungen, die zur Festnahme und Bestrafung von Herstellern und wissentlichen Verbreitern solcher Banknoten führen, Belohnungen zahlt.

**Eilzüge mit 4. Klasse.** Nach einer süddeutschen Meldung beabsichtigt die Eisenbahndirektion vorerst versuchsweise Eilzüge mit 4. Klasse auf längeren Strecken verkehren zu lassen. Gleichzeitig soll versucht werden, den Schnellzügen wieder die durchschnittliche Friedensgeschwindigkeit von 70 bis 80 Kilometer Stundengeschwindigkeit zu gestatten, während die Eilzüge 50 bis 60 Kilometer erhalten, d. h. die Geschwindigkeit, mit der augenblicklich die Schnellzüge im Durchschnitt verkehren. Eilzüge mit 4. Klasse werden bestimmt den lebhaftesten Beifall des Reisepublikums finden.

**Vorsicht bei der Auswanderung nach Nordamerika.** Nachdem das nordamerikanische Einwanderungsgesetz in Kraft getreten ist und demnach auch die Ratifizierung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages erfolgen wird, ist Deutschen die Möglichkeit der Einwanderung in die Vereinigten Staaten wieder gegeben — sofern sie die nötigen Mittel dafür zur Verfügung haben. Nach den Bestimmungen des genannten Gesetzes können im laufenden Fiskaljahr bis zu 68 000 Deutsche dorthin einwandern. Dabei ist aber zu unterscheiden zwischen Deutschen, die in solchen Orten geboren sind, die auch jetzt noch zu Deutschland gehören, und solchen, die in den an andere Staaten abgetretenen Gebieten geboren sind. Wer z. B. in Ost- oder Ostpreußen geboren ist, gilt nach dem amerikanischen Gesetz als polnischer Staatsangehöriger, auch wenn er vielleicht von früherer Jugend an im heutigen Deutschland gelebt hat. Da nun die polnische Einwanderungsquote (25 000) längst erreicht ist, so werden alle Einwanderenden, die aus heute polnischen Orten stammen, auch wenn sie das Bism eines amerikanischen Konsuls besitzen, von der Einwanderungsbehörde in Amerika unweigerlich zurückgewiesen. Sie müssen also die Reise nach Europa wieder zurückmachen. Das bedeutet in den meisten Fällen die völlige Vernichtung ihrer Existenz. Erst nach Verlauf eines Jahres können sie von neuem den Antrag auf Zulassung in die Vereinigten Staaten stellen.

**Nachfröste.** In den Abend- und Nachstunden macht sich jetzt ein ganz empfindlicher Temperaturrückgang bemerkbar. Nicht nur in der hiesigen Gegend, sondern fast überall in Nord- und Mitteldeutschland haben sich Nachfröste eingestellt. So wird aus Thüringen bereits eine Temperatur von 1 Grad unter Null gemeldet. Auch in Pommern ist die Quecksilbersäule unter den Gefrierpunkt gesunken. In den Moorgebieten, aus denen noch keine Meldungen vorliegen, dürfte der Temperaturrückgang noch viel erheblicher sein. Die Ursache für diese Erscheinung ist darin zu suchen, daß sich ein Hochdruckgebiet in Skandinavien gebildet hatte, durch das trockene Ost- und nordöstliche Winde erzeugt wurden. Die letzten Nächte waren trocken und klar. Trockene Luft aber kühlt den Erdboden stärker ab als feuchte. Da die letzten Nächte trocken und klar waren, erfolgte die Abkühlung sehr schnell, um am Tage wieder durch die Sonnenstrahlung vermindert zu werden.

**Stadtheater.** Die Vorbereitungen für die Operette „Die Blauweitz“ von Franz Lehár sind in vollem Gange. Die Regie hat Herr Max Hermann. Die musikalische Leitung liegt

## Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Daß auch Papa einmal geirrt haben sollte, daß er ein Mandolmenkändchen vor dem Hause der Großeltern gehalten, um die Mutter als Braut zu gewinnen, hielten die Kinder für ein drolliges Märchen.

In Anton und der ihm folgenden Schwester dümmerte zwar noch etwas davon, daß der Vater Schlummerliebchen gewiffen, Sumpfmänner in Bewegung gebracht und der lachenden Mutter nachgejagt war, über Tisch und Sofa, nur um ihr einen Kuß hinter's Ohr zu geben.

Aber die Erinnerung der andern Kinder begann erst, als die vielen kleinen Fische schon ein solches Gewimmel von Sorgen in des Vaters Lebensrechnung getrapelt, daß er selbst nicht mehr wußte, wie er eigentlich beschaffen. Kein Wunder also, daß die kleinen Geschwister die größeren auslachten, wenn sie ihnen solche Dinge aufzählen wollten.

Se mußten zwar auch, daß der Vater über Tisch und Stühle springen konnte, wenn es darauf ankam. Aber ein Kuß war es nicht, den er dem stehenden hinter die Ohren zu geben gedachte.

Saphirs Schutzgeist war Anton gewesen. Den die andern Geschwister nur die geschickte Wurst nannten. Weil er alle Spiele abern fand. Fest lag in Saphir der Kindheitstag, wo er wegen eines kleinen Vergehens eine Stunde lang mit herausgehängter Zunge dazuliegen hatte. Jop er die Junge nur einen Augenblick in den Mund, schrie der Vater: „Junge raus.“ Und die Hundepetische war in seiner Hand. In diesem Abend hatte Anton Saphir eine Tüte Bonbons geschenkt. Anton, der schon damals, als Bierzehnjähriger, stets ohne Geld ausging, um teins ausgeben zu können.

Die Hundepetische. — Immer entging man ihr nicht. Sie lag auch beim Tischgebete neben dem Vater. Am schlimmsten brannte sie in der Erinnerung, als man mitten im Tischgebete gefragt, ob der Vater auch im Paradies mit der Petische herumgehen würde. In jenem Tag hatte Anton die kleine Uhr gekauft, die Saphir längt in der Auslage des Papiergeschäfts angeschaut. Unter ihren Ziffern kamen bunte Bilder hervor, drehte man die Zeiger. Saphir bedauerte, daß sie nicht tickte wie richtige Uhren. Da hatte Anton, die geschickte Wurst, ihm, den Kleinsten, ein Geheimnis verraten. Er würde fortgehen, an einen andern großen blauen See, um zu fernen, wie es im

Innen der richtigen Uhren zugehe. Nichts hätte Saphirs Bemühen für den großen Bruder mehr erhöhen können. In den Uhren bohren zu können, war damals der größte seiner Wünsche . . .

Das Lächeln des kleinen Bruders hatte sich wieder in Saphirs Rundgesicht geschnitten, als er sich jetzt Anton zuwandte, der wieder von den Nebeln des Familienlebens zu sprechen begann. Er rihte ihm Beifall. Die Fische aber kam in ihr Futteral.

### III.

Winchen hörte nie die Behaglichkeit. Im Gegenteil. Man sollte es nicht glauben, aber sie erhöhte sie. Denn sie kam nie ins Zimmer, ohne daß gleichzeitig ein gutes Mahl erschien. Während sie die Speisen auf den Tisch stellte, machte sie eine Bemerkung über die Witterung. Bei gutem Sommerwetter lobte sie die Linden Lüste. An Regentagen sagte sie, daß Gott die Erde keame. Auch das müsse sein. An Frosttagen fand sie, daß der Winter ein harter Herr. Dabei wagte sie ein winziges Rädeln zu Saphir. Dessen Fischenpiel sie so viel belaußte, als es ihre Küchentätigkeit zu ließ. Es war nicht ohne Grund, daß sie vor den Nachbarn gerade den Ästern ihrer Herren besonders lobte. Die Welt kam so leicht auf schlechte Gedanken. Sie selbst hatte sie, weiß Gott, nicht, nein. Sie wußte, wer Herr Saphir war und wer Winchen. Sie wäre schon mit dem Schornsteinfeger zufrieden gewesen. Er gefiel ihr zwar nicht sonderlich, aber er war nett zu ihr. Wenn er durch den Kamin gefahren kam, weiß Gott, man mußte an die Teufelsräume denken, so verabscheuensvoll sie waren. Drei Zweifelhafte hatte er als Belohnung verlangt, weil ihr Herd nun krennen werde, wie der Schlund der Hölle. Als ihm vom Trunt die Rehte brannte, hat er Winchen gefragt, wie alt sie sei. Als er es erfahren, lachend erklärt, daß sie im besten Alter. Erst in den Dreißigern seien die Jungfern verführerlich. In der Tür noch hat er sie eingeladen, einmal des Abends spät mit ihm Kahn zu fahren. Sie hatte erwidert, daß dies nicht schicklich sei. Er war schon draußen und hatte nur durchs Fenster geseh'n, daß bei Nacht alle Kagen grau waren.

Was hatte er damit sagen wollen? Es ahnte Winchen, als würde auch hier das Glück wieder vorbeigehen. Nicht nur, weil sie sich vor dem Kahnfahren noch mehr fürchtete als vor den Männern.

Wie konnte es heute wieder über den See. So lange Herr Saphir geblieben, hatte man den Sturm nicht bemerkt. Auch das Knistern der bratenden Fische hatte die Außenwelt abgeschloffen. Jetzt brachte Winchen die braungebratenen Fische garniert mit Kartoffelsalat und Zitronenscheiben in die stille warme Stube. Der Duft Wohlhabenheit pruzender Butter ging ihr

Winchen rechte den Kopf schnell einmal zum Fenster, vor denen sich die weite Wasserfläche in Wellen häumte und sagte, daß heute der See wieder hungrig und sie froh sei, nicht im schwankenden Kahn zu sitzen.

Anton, mit einem einzigen Remerblick die wohlgeratenen Fische umfassend, knarrte, wetten zu wollen, daß der See die Jungfer gleich wieder herausgeben würde, sollte er sie einmal irrtümlich verschlucken.

Winchen lächelte geschmeichelt. Der wortkarge Herr Anton scherzte nicht oft.

Auch Sturmstage hörten also nicht den Frieden dieses Junggesellenheims.

Wenn einer dies wußte, so war es Herr Wolfgang Apfel. Dem angesehensten Weinbauer dieses gelegenen Hangs mußte es wohl bekannt sein, wo es warm und windstill war. Jeden Abend fand er sich bei den Brüdern Mögels ein. Unter jedem Arm eine Flasche seines besten Erzeugnisses. Er war der Ansicht, daß nicht nur die Trauben auf die Eigenart ihrer Sorte hin behandelt werden mußten, wollte man zu ihrem rechten Genuss kommen. Er wußte, Herr Anton hatte mehr Freude an einem Besuch, der keine Anstößen verursachte. Er gönnte ihm diese Freude. Außerdem, würde Herr Anton wirklich in den Keller steigen, Wolfgang Apfel schluckte nicht gerne die Weine eines Sparjamens.

Anton pflegte dem Besucher die Flaschen behutsam aus dem Arm zu nehmen. Jedemal sagte er dabei, daß dieser Luxus nicht nötig gewesen. Genau präzis antwortete Apfel Abend für Abend, daß er das Zeug nun einmal da habe. Und ebenso zuverlässig standen auf des Tisches Weinbede, in die, umrahmt von Trauben und Girlanden, die Madonna mit dem Kind gemalt war, die drei spiegelblanken Gläser bereit und die leeren der Flaschen harrenden Anreiz.

Hatte man die ersten Schlucke getostet, sagte Herr Apfel, daß das Leben lunterbunt sei. Damit war das philosophische Gespräch eingeleitet.

Der Kluge denkt über alles nach. Es gab viel Dinge, hinter die Herr Apfel gerne gekommen war. Beispielsweise: Warum heiratet man immer die Falsche?

Herr Apfel, im Vertrauen auf seine Geschicklichkeit bei Frucht und Kollgebühren, hatte sich nicht vor der kniffligsten Schraube allgemeiner Ordnung gescheut. Er war ein Ehemann. Probiere geht über Studieren. Das galt nicht nur beim Wein. Herr Apfel hatte sich sogar zweimal in der Ehe versucht. Der Grund dazu war der allereinfachste. Herr Apfel hatte eine ausgesprochene Vorliebe für Weiblichkeit. Er sagte, dergleichen sei einem angeboren. Genau so, wie andern das Verriemachen oder die Farbenblindheit, die Epilepsie oder die Sammelwut. Mit Verstand oder Heberleuna sei gar nichts dagegen auszurichten.  
(Fortsetzung folgt.)

In Händen von Herrn Erich Siegel. Die Hauptpartien sind besetzt von den Damen: Gaffron, Buch, Buchholz, Opel und den Herren: Müller, Hermann, Schöttge, Hartmann, Natalas. Die reizende Operette hat an vielen ersten Theatern großen Erfolg.

## Angrenzende Gebiete.

**Schwartzau-Riesefeld.** Der Sozialdemokratische Verein hält Sonntagabend 7 1/2 Uhr seine Mitgliederversammlung ab. Es ist Pflicht der Genossen und Genossinnen, zu erscheinen.

**Möln.** Räuberischer Überfall. In später Abendstunde wurde am Mittwoch in der Nähe des Bauhofes ein Viehhändler aus Bergedorf von Wegelagerern überfallen und ausgeraubt. Die Täter stachen ihr Opfer nieder und raubten ihm 10000 Mark in Bar. Eine Brieftasche mit 600 Mark verloren die Räuber auf dem Bauhofe. Der Überfallene mußte sofort dem Krankenhaus zugeführt werden.

**Hamburg.** Meuterei auf einem dänischen Dampfer. Auf dem im Seepflichthafen liegenden dänischen Dampfer „Messna“ beschloßen am Dienstagabend mehrere zur Besatzung gehörende Chinesen, über den Kapitän, einen Dänen, und über die teils dänischen, teils deutschen Seeleute herzufallen und sie zu ermorden. In der Nacht griffen die Schiffsleute, die von einem Bootsmann und einem Matrosen aufgebeht worden waren, den Wache gebenden Offizier mit Eisenkloben an und brachten ihm Verwundungen bei. Als dieser Alarm schlug, kam die Hafenpolizei an Bord, die durch die Verhaftung der Haupttäter die Sache ein Ende machte.

**Hamburg.** Um 85000 Mk. bestohlen wurde ein Metzereibehälter aus der Umgegend von Alsborg. Er war nach hier gekommen und hob am Mittwoch 85000 Mk. vom Postschekamt am Röhdingmarkt ab. Er erhielt diese Summe in 85 Tausendmarktscheinen ausbezahlt, die er in seine Brieftasche legte. Die Brieftasche steckte er in seine Jackentasche. Vom Hauptbahnhof aus fuhr er nach Alsborg. Dort angekommen, entdeckte er, daß man ihm die 85000 Mk. gestohlen hatte.

**Hamburg.** Zur Lohnbewegung der Verkehrsangestellten. Es wurde am Donnerstag ein Schiedspruch

gefällt, der eine monatliche Lohnzulage für Verkehrsleute von 120 Mk. und für Jugendliche unter 18 Jahren von 115 Mk. vorsieht. Die Lohnzulagen werden von 80 auf 40 Mk. erhöht. Am Donnerstagabend nahmen die Verkehrsangestellten in einer im Gewerkschaftshaus tagenden, überaus stark besuchten Versammlung Stellung zu dem Schiedspruch. Dieser wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Am Dienstag soll in den einzelnen Bahnhofs- und Werkstattbetrieben eine Urabstimmung vorgenommen werden.

**Harburg.** Bei dem Streik der Harburger Textilindustrie geht es hart auf hart. Die Arbeitgeber haben einen Rahmentarif vorgeschlagen, der von der Arbeiterschaft abgelehnt wurde. Die Arbeitgeber machen jetzt unter Bezugnahme auf ihre dem Textilarbeiterverband gemachten Vorschläge bekannt, daß alle Arbeiter aufgefordert werden, am Donnerstag früh unter diesen Bedingungen die Arbeit aufzunehmen. Nichterscheinen hat Entlassung zur Folge. — Zur Beschaffung billiger Kartoffeln hat der erweiterte Vorstand des Landbundes des Kreises Harburg an sämtliche Landwirte des Kreises einen Aufruf ergehen lassen, von jedem Morgen ihrer Kartoffelanbaufläche mindestens zwei Zentner zum Preise von 85 Mark für den Zentner abzugeben. Insgesamt sollen 12000 Zentner der Stadt Harburg und 7000 Zentner den Unbemittelten des Landkreises zugeführt werden.

**Miel.** Entdeckung eines großen Spritzschmuggels. Einem Kriminalbeamten kam Donnerstag in der Frühe ein großer, in der Nähe des Bahnhofes vorüberfahrender Planwagen, verdächtig vor. Er hielt den Wagen an und die angebliche Ladung Räte stellte sich als sehr wertvolle Spritzladung heraus. Die drei Begleiter des Fuhrwerks wurden festgenommen.

**Bremen.** Der Kampf der Werftarbeiter geht weiter. Die Donnerstag vormittag nach-dem-Casino einberufene Werftarbeiterversammlung war so stark besucht, daß das große Lokal die Massen nicht zu fassen vermochte. Nachdem ein Bericht über die Streiklage gegeben war, sprachen Sommer (Vorsitzender des Ortsausschusses des A. D. G. B.) und Braundmüller für die Aufnahme der Arbeit. Gegen diese Ausführungen sprachen syndikalistische und kommunistische Redner. Die Verhandlungen endeten mit der Annahme eines syndikalistischen Antrages, wonach über die Frage, ob der Kampf fortgeführt werden soll, nicht mehr abgestimmt werden soll.

## Resolution über die proletarische Einigung.

Von der Dienstagssitzung des Parteitagung ist noch nachzutragen: Nach der namentlichen Abstimmung über die Resolution des Parteivorstandes wurde u. a. ein Antrag Vogel-Miltenberg angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

Der Parteitag bekennt sich zu der Überzeugung, daß nur eine große einig Kampfororganisation aller geistig und körperlich Schaffenden den Sieg über die Mächte der Reaktion und des Kapitalismus gewinnen kann. Er erstrebt die Wiederherstellung einer einzigen proletarischen Partei, wie sie bis zur unglücklichen Spaltung in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestanden hat. Ihre Spaltung hat nicht nur die Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Gegner in eigenen Lande geschwächt, sondern auch die internationale zerissen, deren Wiedervereinigung zum Kampfe gegen den völkerverhetzenden Imperialismus und zur Herstellung eines wahren Friedenszustandes notwendiger ist, denn je. Der Parteitag begrüßt daher alle Zeichen einer Wiedervereinigung der durch den Streik getrennten Richtungen ebenso, wie er die Treibereien kommunistischer Gewalttäter gegen die Einigkeit der Arbeiterklasse verurteilt. Solange sich die organisatorische Wiedervereinigung, die nur durch Vereinbarungen der zentralen Instanzen erfolgen kann, als noch nicht durchführbar erweist, muß die sozialdemokratische Partei ihre volle taktische und organisatorische Selbstständigkeit wahren. In ihrer Stärkung liegt die beste Gewähr für das Erstarken des Einheitsgedankens und für den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus.

## Gewerkschaften.

**Der Textilarbeiterkongress.** Die deutsche Abordnung auf dem Kongress der französischen Textilarbeiter hat diesem eine Unterfertigung von 200 000 Franken für die Streikenden von Nordfrankreich zugesichert. Die russischen Delegierten haben ihr Mandat auf die französischen Delegierten übertragen. Die deutschen und die englischen Abgeordneten protestieren. Eine Kommission wird über diesen Protest entscheiden.

## Aus aller Welt.

**Eisenbahnunglück bei Kiew.** Nach einer „Times“-Meldung aus Warschau ist ein Verpflegungszug, der Lebensmittel aus der Ukraine brachte, bei Fiktow in der Nähe von Kiew entgleist. Es sollen 27 Personen getötet und 80 verletzt worden sein.

**Sieben Personen getötet.** Infolge heftiger Regengüsse ist in Bissabon eine Mauer auf einen mit Fahrgästen gefüllten Straßenbahnwagen gestürzt. Es wurden sieben Personen getötet und mehrere verletzt.

**Als ein nicht oft vorkommendes astronomisches Ereignis** haben wir nächsten Monat zweimal Neumond, 1. und 31. Oktober. Unsere Alten, die dem Mond eine so sehr beherrschende Stellung zuwiesen, hielten die Behauptung auf, daß beim Eintritt des obigen Ereignisses die Mäuse draußgehen. Es wäre gut, wenn's beuer zutreffen würde, da wir an diesen Schädlingen großen Ueberfluß haben.

**Flucht aus dem Gefängnis.** Nach Blättermeldungen aus Nürnberg entliefen aus dem dortigen Gefängnis vier zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilte Schwerverbrecher. Sie ließen sich aus der Zelle im vierten Stock des Gefängnisses an einem langen Seil hinhängen.

**Der Film im Dienste der Volksmoral.** In Köln ist zur Hebung der Volksmoral und zur Stärkung des Nationalgefühls die Civis-Film-Gesellschaft gegründet worden. Die Gesellschaft will sich besonders der Vorführung von deutschen historischen Filmen im ganzen Rheinland und Westfalen widmen, um das Zusammengehörigkeitsgefühl des Volkes mit dem ungetrennten Gebiet zu festigen. Bei dem neuen Unternehmen handelt es sich nicht um ein kapitalistisches Erwerbsinstitut.

## Sport.

**Straßenkassellau.** Vom 6. Bezirk (S. Kreis) des Arbeiter-Turn- und Sportbundes wird am kommenden Sonntag ein Straßenlauf veranstaltet. In dem Lauf sind etwa 250 bis 300 Sportler beteiligt, welche in Mannschaften zu 20 u. 30 Läufern eingeteilt sind und eine Strecke von 4000 Metern zurücklegen. Der Start der Männer- und Jugendmannschaften befindet sich unterhalb der Engelsgrube und der der Schülermannschaften unterhalb der Burgtorbrücke. Gemeinsames Ziel ist der Sportplatz Buniamshof. Der Lauf beginnt um 8 Uhr und geht durch folgende Straßen: Untertrave, Kanalstraße, untere Glodengasse, Valauerhof, St. Annen, Mühlentstraße, 1. Wallstraße, Bismarckbrücke nach Buniamshof. Es wird gebeten, den Fahrdamm während des Laufes frei zu halten. Die Lübecker Mannschaft muß am Sonntag morgen 7 Uhr auf Buniamshof versammelt sein zwecks Abgehen der Laufbahn. H. N.

**Hamburg 931 — A. E. B. I** in Hamburg am 18. September. Lübeck wird von Hamburg 3:1 geschlagen. Rüntlich um 4 Uhr preßt der Schiedsrichter Spangenberg das Spiel an. Lübeck wählt Sonne im Rücken. Hamburg macht Anstoß und geht gleich flott durch, doch Lübecks Verteidigung wehrt ab und treibt den Ball wieder vor. Der Lübecker Sturm zeigt eine gute Kombination; der Linksaußen treibt gut vor, kann eine schöne Flanke treten, welche in Hamburgs Heftigkeit landet. Ein guter Anfang. Doch es sollte anders kommen. Die Hamburger, jetzt etwas aufgebracht und sich wohl schon einer Niederlage bewußt, greifen scharf an und werden sehr körperlich spielen. Ein gut geleiteter Durchbruch der Hamburger setzt ein. Der linke Verteidiger Lübeck wird sehr gedrängt und verschuldet so ein Selbsttor. Dilem können die Hamburger bis Halbzeit noch zwei weitere hinausfügen. Beide Tore wurden von Hamburgs Mittelstürmer getreten. Nach Halbzeit kann Hamburg weber Lübeck noch etwas zahlreich herausholen. Jede Mannschaft gab ihr Bestes her. Es war ein offenes Spiel, welches von Anfang bis Ende flott und scharf durchgeführt wurde, von Hamburgs Seite war etwas körperlich. Der Schiedsrichter leitete das Spiel zur Zufriedenheit. Ob dieser Niederlage wohl noch andere folgen werden?

**Obesloe I Schüler — A. E. B. I Schüler 0:6 (0:2).** Besser wie die Herren-Mannschaften schnitten die Schüler der Abteilung in Obesloe ab. Sie konnten einen 6:0 Sieg mit nach hier bringen. Die Obesloeer Schüler zeigten ein gutes Einzelspiel, doch klappte das Zusammenspiel nicht ganz so gut, desto besser bei den Lübeckern. Der Obesloeer Torwart war gut, sonst wäre das Resultat wohl noch ein höheres gewesen. Das Spiel war von Lübecks Seite aus überlegen. Ein jeder Schüler gab sein Bestes. Ein kräftiges „Frei Spiel“ trennte die beiden Mannschaften. H. L.

**Spiele für Sonntag den 25. September.** Am kommenden Sonntag wird die erste Mannschaft A. E. B. I abends in Hamburg spielen. Als Gegner tritt Wahrenfeldt I an. Abfahrt der Mannschaft mittags 12<sup>00</sup> Uhr. Alle rechtzeitig auf dem Bahnhof sein. Die zweite Mannschaft A. E. B. I ist nach Schwerin verpflichtet. Diese muß schon etwas eher fahren als die erste Mannschaft und zwar morgens um 7<sup>15</sup> Uhr. Für alle anderen Mannschaften der Abteilung ist für Sonntag Spielfreizeit. Soweit sie nicht am Staffellauf teilnehmen, gehen alle zum Buniamshof. H. L.

# Sozialdemokratischer Parteitag.

3. Tag. Vormittagsitzung.

Eröffnung, 21. September.

Das Wort zum Bericht über die

## Finanzlage und Steuerfrage

erhält Genosse Keil. Er entrollt ein erschütterndes Bild von der Lage unserer Finanzen. Am 31. März 1920 hatte das Reich 304 Milliarden Schulden ohne die 25 Milliarden Eisenbahnschulden. Dazu kommen die Verpflichtung der Provinzialverbände und Gemeinden in schätzungsweise Höhe von 37 Milliarden. Noch schlechter sieht es in diesjährigen Reichshaushaltsplan aus. Selbst wenn wir ganz optimistisch rechnen, fehlen uns über 100 Milliarden. Scharf geht Keil gegen die Kriegsschuldenpolitik Helfferichs, der nichts von den Kriegsschulden während des Krieges gedeckt hat, sondern die Rechnung bekanntlich unseren Gegnern präsentieren wollte, vor. Als von ihm auch der letzte Krampf, der U-Boot-Krieg, vergeblich ausgepielt war, fanden wir vor der Katastrophe. Keil bezeichnet Helfferich als den lieblichsten Schatzkanzler, den das Reich je gehabt hat, und nennt keine Kriegsschuldenpolitik verheerender. Hätte Helfferich einen Punkt politischen Takt, dann würde er nie mehr den Boden der deutschen Volksvertretung betreten. Statt dessen hegt er gegen die Liquidatoren, die nach seinem volksverderblichen Bankrott eingeleitet wurden. Er hat mit die politische Atmosphäre vergiftet, und ist einer der Hühner, die den Wörtern von Griesbach das Bild vor den Brönnung getrieben haben. Keil bespricht die Steuerpläne und die Opposition des Großkapitals und der Landwirtschaft gegen die Besitzsteuer. Wirkungslos stellt er die phantastischen Verkaufspreise der landwirtschaftlichen Güter, die Setzungen in den Modedebären, den armstehenden Verhältnissen aller Lohn- und Gehaltsempfänger gegenüber. Wir können auf steuerliche Maßnahmen nicht verzichten. Wir müssen die Besitzsteuer ausbauen, wir werden aber auch indirekte Steuern lockern müssen. Keil erhebt den Vorwurf gegen die Reichsfinanzverwaltung, daß sie nicht rechtzeitig Maßnahmen zur Bekämpfung des Besizes getroffen hat. Die 25prozentige Ausfuhrabgabe kann die Industrie spielend tragen. Ein Eingriff in die Vermögenssubstitution ist dringend erforderlich. Man soll sich hüten, die kassierenden Stände überzubelasten. Sinkt die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes weiter, dann ist die Volkskraft gefährdet und das Wirtschaftslieben treibt zur Zerrüttung. Die Frage steht heute so: Soll der Besiz im Lande endlich die Opfer bringen, die seine Fortführer schon während des Krieges versprochen haben, oder sollen die Arbeiter völlig verbluten. Wir haben die Kämpfe nicht, die nur neue Erschütterungen bringen, aber wir gehen ihnen auch nicht aus dem Wege, wenn sie notwendig sind. (Lebhafter Beifall.)

## Ueber die Justiz

**Kabdrnäh-Kiel:** Dem Parteitag liegen zahlreiche Anträge vor, die mit harten Worten, ja mit Worten der Erregung an der Justiz sprechen. Ich komme vom Bamberger Juristentag, wo von der einen Seite gegen die Verleumdung der Justiz Stellung genommen ist. Ich frage: Ist es Verleumdung, daß ein deutscher Staatsanwalt einen wegen Mordverdachts Verurteilten, den Kaiserlich König v. Hirschfeld, aus Gesundheitsrücksichten zeitweise aus der Haft entlassen hat, wo jeder weiß, wie schwer es ist, selbst eine tuberkulösen Gefangenen auch nur zeitweise von der Strafe zu befreien? Ist es Verleumdung, daß die Festungshaft in der Festung Niederorschel an den Münchner Kommunisten in einer Weise gehandhabt wird, die gegen das Gesetz zu einem Mittelglied zwischen Gefängnis und Justizhaus geworden ist? Ist es eine Verleumdung, daß in Bayern sich noch kein Richter gefunden hat, der die auf einer zweifelhaften Stufe stehenden bayrischen Kollisionsgerichte für verfassungswidrig erklärt hat? Das alles sind keine Verleumdungen. Es ist leider wahr, daß die Justiz sehr schwer verurteilt hat. Woran liegt das? Es gibt Richter, die die republikanische Verfassung für einen bösen Traum weniger Jahre halten und die hoffen, eines schönen Morgens so ganz unversehrt unter der alten Kaiserherrlichkeit wieder aufzuwachen. Wir verlangen nicht, daß der Richter nun auf einmal ein begeisterter Republikaner ist, aber wir fordern, daß er die Republik als Notwendigkeit ansieht. Als härteste Partei dürfen wir nicht nur Kritik üben, sondern müssen auch Wege zeigen, wie es besser gemacht wird. Denn wir sind die eigentliche Wiederaufbauarbeit. Zwar ist der Richter unabweisbar und unveränderlich. Aber die Staatsanwälte sind absehbar und veränderbar. Wir hoffen, daß in Zukunft der Justizminister hieran recht oft denkt und es so macht, wie es mit dem Generalstaatsanwalt Schön feinsten gemacht worden ist. Das wird Wunder wirken. Der Richter ist gewiß unabweisbar. Aber die Justizverwaltung hat freie Wahl, wen sie anstellen will. Wir verlangen eine sehr kurze Kasse des juristischen Kandidaten. Wir fordern, daß alle Sondergerichtsgerichte dazumit nachgeprüft werden, ob sie verantwortungsbewußt sind. An die Unabhängigkeit der Richter werden wir nicht nach

dem Muster der Kaufmanns- und Gewerbegerichte müssen auch die Arbeitsgerichte eingerichtet werden. Wir fordern die weitestgehende Beteiligung des Laienelements, und zwar sollen die beiden Beisitzer nach dem allgemeinen Verhältniswahlsystem gewählt werden. Vor allem aber fordern wir die Verreichlichung der Justiz.

## Die Resolution Kabdrnäh

hat folgenden Wortlaut: Unter dem Schutze der richterlichen Unabhängigkeit hat sich in der deutschen Republik eine Justiz erhalten, die nichts als einen obrigkeitlichen Fremdkörper im sozialistischen Staat darstellt. Die Erbitterung weiter Volkstriebe über den Geist, welchen diese Justiz in fast allen politisch gefärbten Streitfällen bekundet, hat einen Grad erreicht, der tiefgreifende Maßnahmen zu einer Gebundung als unabweisbar erscheinen läßt. Es muß den Trägern der deutschen Rechtspflege zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie nur im Geiste der geltenden Rechtsordnung, im Geiste der sozialistischen und demokratischen Richtung Recht zu finden vermögen, und diesen Geist zum mindesten als eine geschichtliche Notwendigkeit innerlich bewahren muß. Für hasserfüllte Feinde unserer republikanischen Verfassung darf in der republikanischen Justiz keine Stätte sein. Es ist Pflicht der Justizministerien, durch sorgfältige Auslese des juristischen Nachwuchses, durch tatkräftige Staatsanwälte für die Erneuerung des Geistes in unerer Justiz Sorge zu tragen. Die Justizausbildung muß unter Berücksichtigung der sozialpolitischen Studien neu geordnet werden. Wie vom Reichsjustizminister die Urteile der Sondergerichte, müssen auch von den Justizministerien der Länder alle Urteile der außerordentlichen Gerichte unter dem Gesichtspunkte möglicher Begnadigung einer Nachprüfung unterzogen werden. Bei der kommenden Justizreform müssen die Gerichte, die sich das besondere Vertrauen weiter Volkstriebe erworben haben, die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, als Vorbilder dienen. Die Strafgerichte sind mit Laienbeisitzern zu besetzen, die Schöffen und Geschworenen nach dem Verhältniswahlsystem zu wählen. Die Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern ist schleunigst durchzuführen. Eine Neuordnung des Strafrechts, des Strafvollzugs und des Strafverfahrens muß an die Stelle des veralteten Strafrechts treten. Todesstrafe und Ehrenhaft sind abzuschaffen. Arbeitskraft und Koalitionsrecht sind besonders zu schützen. Die Abtreibungsstrafe ist durchgreifend einzuschränken. Unser völlig rückständiges Ehegerichtsrecht muß schleunigst umgestaltet, die vorgelegene Gleichstellung der unehelichen Kinder halbwegs verwirklicht werden. Der Zivilprozeß muß unter sozialistischen Gesichtspunkten neu geordnet werden. Verzögert sich die Gesamtreform, so muß die Novellengesetzgebung eingreifen. Nur schnelle und durchgreifende Maßnahmen können hier retten.

## In der Debatte

**erhält das Wort**  
**Frau Zabe:** Wenn die Preise den Weltmarktpreisen nahe kommen, müssen wir auch Weltmarktlöhne fordern. Wir müssen den Kampf für eine angemessene Lebenshaltung intensiver führen. Wir müssen als Sozialisten eine eigene Haltung der Menschlichkeit machen. Wir haben die Brotverwertung nicht genügend bekämpft und müssen das nachholen. Wir müssen die kleinen Rentner und Invaliden vor dem Untergang retten.  
**Loeb-Frankfurt:** Wir fordern ein Reichskommissariat gegen Steuerhinterziehung. Die ganze Bankwelt und Industrie hat die Freiheit der Denkspekulation gefordert und steht hinter dieser Spekulation. Jetzt verlangt man die Wiederaufrichtung des Bankgeheimnisses. Der Juristentag hat sich einstimmig entschlossen, daß die Reichsgebührenordnung nicht zugunsten des Reiches, sondern zugunsten der Steuerzahler angelegt werden muß. Die Finanzreform wird von obenher planmäßig labortiert. Wir werden der Steuerhinterziehung nur Herr werden, wenn wir mit kapitalistischen Methoden durch höchstbezahlte Sachverständige, Bankhalter und Bankleute, Industrie, Handel und Landwirtschaft kontrollieren lassen. Es ist höchste Zeit, daß wir uns nicht länger von den Kapitalisten nachführen lassen. (Lebhafter Beifall.)  
**Landadel verliest die neu eingelaufenen Telegramme über die Katastrophe in Oppau und teilt mit, daß der Parteivorstand unmittelbar nach dem Einlaufen der ersten Unglücksnachrichten eine Sammlung für die Opfer des Unglücks eingeleitet und als erster 5000 Mk. gezehnet hat. (Beifall.)**  
**Frau Wierzbicki:** Die Steuererhebung muß insbesondere die Landwirtschaft zur Höchstleistung anspornen. Unsere Genossen sollen, wenn es ihnen nicht gelingt, eine wirkliche Besitzbewegung durchzuführen, auch den Wahlkampf nicht scheuen.  
**Hellmann-Hamburg** empfiehlt einen Antrag, der sich gegen die neunjährige Schulzeit wendet. Mit der vierjährigen Grundschule macht das 13 Jahre aus und sei das schwerste Hindernis für den Aufstieg der Begabten aus dem Volke.  
**Freguer-Proetz:** Auf den Eisern herrschen zum Teil noch die alten patriarchalischen Verhältnisse. Hier ist ein Gebiet, wo wirklich praktische Arbeit geleistet werden kann. Es gilt zunächst zu befechtigen, die alten Sumpfen trocken zu sprengen.

Plötzlich und unerwartet verschied heute unser lieber Sohn und Bruder  
**Max Hübner**  
 im 27. Lebensjahre. In tiefer Trauer  
 Wilhelm Hübner und Frau geb. Dose.  
 Annemarie Hübner.  
 Lübeck, den 20. September 1921.  
 Engelgrube 87.  
 Trauerfeier Montag, 26. Septbr., nachm.  
 8.15 Uhr in der Kapelle des Born. Friedhofes.

**Verband d. Gemeinde- und Staatsarbeiter.**  
 Filiale Lübeck.  
 Am Montag, dem 19. d. Mts. starb unsere Kollegin (6820)  
**Frieda Kühl.**  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, d. 24. September, nachm. 8.15 Uhr, auf dem Bornwerter Friedhof statt.  
 Die Ortsverwaltung.

**Bräutlein als Lehrling**  
 gel. Engelwisch 87. (6801)  
 Neue Gedragschuhe (42/7) zu verk. Adlerstr. 18, II. (6818)  
**Mod. Herrenzimmer**  
 zu verk. Burgfeld 8. (6789)  
 Das. Damentad zu kauf. gel.  
 Waschl. Stübin und junge Hunde billig zu verkaufen. (6800) Seitenstr. 6, I.

8 Sack **Ferkel** sind billig zu verkaufen.  
**J. Klüwer**, (6813)  
 Schwartzauer Allee 135.

Prima **Ferkel** und **Zugäuger** sind morgen abend von 6-7 Uhr zu verkaufen.  
**Wolfgang**, (6806)  
 „Zur alten Post“.

Am Sonnabend steht ein gr. Transp. **Ferkel** z. Verk.  
**Strampfers Gasthof**, Schwartzau. (6791)

Prima gr. **Ferkel** billig zu verkaufen.  
**F. Vagt**, (6792)  
 Schwartzauer Allee 127a.

**Brieftasche**, Inhalt ca. 1400 Mk., verloren. Ehrlicher Finder erhält gute Belohnung. Abzugeben Stöver, Wahnstr. 22. (6809)

**Fußboden - Glanzöl**  
**UNSONST**  
 kann ich Ihnen nicht liefern, doch möchte ich Ihnen empfehlen, sich von der Qualität meiner  
**Diana-Glanz-Lacke**  
 zu überzeugen. (6786)  
**Paul Stammer, Drogerie**  
 Glandorp, Ecke Warenborpstr. Fernspr. 8644.

**Die neuen Postgebühren**  
 — 50 Pfg. —  
**Friedr. Meyer & Co.**  
 Johannisstraße 46.

**Gulasch in Dosen**  
 gar. reines Rindfleisch  
**2-Pfd.-Dose 11<sup>00</sup> Mk.**  
 P. Reiter, v.g. Lohberg 54

**Hüxtertor - Apotheke**  
 liefert für alle Krankenkassen.  
**Hans Ehrich** (6784)  
 Hüxtertor-Allee 15. Fernruf 901.

**Wagg. Kessel**  
 Untertrabe Drehbrücke  
 verkaufe billig (6798)  
 Sonnabend vorm. 9 Uhr.

**Halbte Hosenträger**  
**Herrenwäde**  
**Strawatten** 6779  
 in großer Auswahl.  
**Papier-Wäde**  
 (Mey & Ehlh.) zu Fabrikpreis.  
**Aug. Janensch**  
 Sandstraße 6.

**Spez. Verlobungsringe**  
 888, 885, 750, und 900 gest.  
**Silberwaren**, Schmucksachen.  
**Taschen- u. Weckuhren**  
**Wim Westfahl**  
 32 Hoffstr. 32  
 Uhren- und Goldwaren-Reparatur-Werkstatt. (6777)

Die beste Friedensware  
**Kaysers Fußbodenöl**  
**„Probat“**  
 schnell trocknend  
 hochglänzend  
**Ferd. Kayser**  
 Breite Straße 81. (6812)

**Kommunistische Partei Dtschl.**  
 Ortsgruppe Lübeck.  
**Große öffentliche Eisenbahner-Versammlung**  
 am Sonnabend, 24. Septbr., abds. 7.30 Uhr,  
 im Konzerthaus Flora, Nebenhoffstr.  
 Thema:  
**Die Not der Eisenbahner**  
 Referent: Kollege **Horstel**, Hamburg.  
 Freie Aussprache. (6821)  
 Zur Deckung der Kosten 50 Pfg. Eintritt.

**Geschäfts-Übernahme.**  
 Einem verehrl. Publikum von Lübeck und Umgegend erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich die Firma  
**Fr. Dietrich & Co.**  
 Beckergrube 27  
 Musikalienhandlung u. Musikverlag  
 käuflich übernommen habe und unter diesem Namen weiterführe.  
 Alle Neuerscheinungen sowie schwer zugängliche und auch ältere Werke werden, soweit nicht am Lager, in kürzester Zeit beschafft.  
 Eine gute Kenntnis der Musikliteratur sowie meine langjährige Tätigkeit in bedeutenden Fachgeschäften befähigen mich, allen — auch tiefergehenden — Ansprüchen gerecht zu werden.  
 Ich bitte, bei Bedarf sich meines Unternehmens zu erinnern und zeichne  
 (6808)  
 Hochachtungsvoll  
**Rudolf Riedel.**

**Rechnungs-Formulare**  
 fertigt prompt an  
**Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

**Fettes Rindfleisch Pfd. 6 M.**  
 Had Pfd. 8.00 Mk., Braten Pfd. 7.00 Mk.,  
 Gulasch Pfd. 9.00 Mk., Beefsteak u. Rollfleisch Pfd. 10 Mk.  
**C. Stöver, Wahnstr. 22.** Telefon 2133 (6805)

Gewaschen mit  
**Dixin**  
  
 Hersteller:  
**Henkel & Co. Düsseldorf.**

**Lübecker Sinfonie- u. Theater-Orchester.**  
 Sonnabend, den 24. September  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**II. Volkstümliches Konzert**  
 im Gewerkschaftshaus.  
 Leiter: Herr Kapellmeister **Mannstaedt**.  
 Eintritt 8.50 Mk., einschl. Steuer.  
 Vorverkauf im Gewerkschaftshaus, Konsumverkaufsstellen, Zigarrenschäfte Basson, Beckergrube, Barnekow, Hüter, damit u. Köhler, Fackenburg Allee. (6780)

**Modermann.**  
 Morgen Sonnabend: (6804)  
**Großes Extra-Konzert.**  
 Darstellung bekannter Kompositionen durch  
 Kapellmeister **Coretto**.  
 Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 12 Uhr.

**Die Ratten**  
 von Gerhart Hauptmann  
**in der Tonhalle**  
 Das Drama „Die Ratten“ ist eine erschütternde Tragödie aus den dunkelsten Winkeln der Großstadt, mit **Lucie Höflich, Emil Jannings, Maria Leiko**. Die beste Leistung zeigte **Blandine Ebinger** als wissendes, feuchtschweißendes und körperlich vollkommenes Aderstraßenmädchen, frech, sündhaft u. frühverdorben, eine kaum zu übertreffende, in Mimik und Mäße glänzende Type. (6822)  
 Jeder Deutsche, der ernstlich zu einer unparteiischen Stellungnahme dem Film gegenüber gelangen will, sollte „Die Ratten“ sehen. Jeder sollte die deutsche Filmkunst unterstützen, der wie keinem das Motto vorangestellt werden kann:  
 Greift nur hinein ins volle Menschenleben.  
 Ein jeder lebt's, nicht vielen ist's bekannt,  
 Und wo ihr's packt, da ist es interessant.  
**Fr. Senff.**

**Zentralhallen**  
 Morgen Sonnabend: (6810)  
**Gr. Tanzkränzchen.**

Bei **Schub-Buchholz**  
 Schwartzauer Allee 4 Gr. Burgstraße 36  
 finden Sie gute und preiswerte  
**Herren-, Damen- u. Kinder-Stiefel.**  
 Ein Posten starke, sehr billige Kinderstiefel  
 27/30 Mk. 55.—, 31/34 Mk. 66.—, 35/39 Mk. 85.—,  
**Schuhbesohlung und Reparatur**  
 sofort, sauber, billig! (6814)

**Visitenkarten**  
 liefern **Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

Bund I. Erzshg. u. Unterr.  
 Wittwoch, 28. Sept., 8 Uhr:  
 in der Ernestinenschule:  
 6785) „Schulzeuquiffe.“

**Zentralverband der Zimmerer.**  
 (Bezirk Lübeck).  
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung**  
 am Sonnabend, dem 24. Septbr.  
 abends 7 1/2 Uhr  
 im Gewerkschaftshaus.  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.  
 2. Innere Verbandsangelegenheiten.  
 6798) Der Vorstand.

**Zentral-Theater.**  
 Fernr. 1359. Johannisstr. 25  
 Nur noch 4 Tage  
**J. J. Coopers Lederstrumpf**  
 in 2 Teilen für den Film  
 bearbeitet von  
**Robert Heymann.**  
 1. Teil:  
**Wildöster u. Chingamgool**  
 Lederstrumpfs Abenteuer in 6 Akten.  
 2. Teil:  
**Der letzte der Mohikaner,**  
 ebenfalls in 6 Akten.

Dieses Filmmittel verfestigt uns in das 18. Jahrhundert und zeigt uns amerikanische Sitten und Gebräuche der damaligen Zeit. Von der Reichs-Filmprüfstelle wurde dieses Filmmittel auch für Jugendliche freigegeben.  
 Jugendliche Personen unter 18 Jahren haben die Möglichkeit, die Vorstellungen in den Nachmittagsstunden von 4 bis 7 Uhr zu besuchen. (6819)  
 Kinder in Begleitung der Eltern haben Zutritt.

**Der neue Hund**  
 Lustspiel in 1 Akt.  
 Spielzeit von 4-11 Uhr.  
 Künstler. Musikbegleitung.

**Sparklub Einsegl.**  
**Grosser Ball**  
 am Sonnabend, dem 24. Septbr.  
 im Lokale „Einsegl“.  
 Eintritt für Herren 8 Mk.,  
 Damen 2 Mk., einschl. Steuer  
 Ende 2 Uhr.  
 6797) Der Vorstand.

**HANSA-THEATER**  
 Täglich 7 1/2 Uhr abends  
 Der große Erfolg. (6788)  
**„Wenn Liebe erwacht“**  
 Operette in 3 Akten  
 von **Eduard Künneke.**

**Stadttheater Lübeck.**  
 Freitag, 28. Sept. 7 Uhr.  
**Wallensteins Tod.**  
 6. Ab.-Vorst. Buchst. B.  
 Sonnabend, 24. September  
 keine Vorstellung wegen  
 Vorbereitung zur Blauen Mazur.

Sonntag, 25. Sept., 2.15 U.  
 2. Fremdenvorstellung.  
**Die Janckerkiste.**  
 Sonntag, 26. Sept., 7.30 U.  
 Neuheit!  
**Die Blaue Mazur.**  
 Operette von Franz Lehar.  
 Montag, 26. Sept. 7.30 Uhr.  
 4. Volkst. Konzert im  
 Stadttheater.  
**Kammerspiele des Stadttheaters.**  
 Fünfhausen 17/19.  
 Sonntag, 25. Sept. 7.30 U.  
 Maria. (6788)  
**Konzert-Abonnements.**  
 Für die Sinfoniekonzerte  
 nebst Hauptproben sind noch  
 wenige Abonnements zu  
 vergeben. 1. Konzert: 4.10.  
 Okt. Sinf. Concert Feuert  
 warr.

# 16 markante Beispiele

beweisen die große Leistungsfähigkeit  
unserer Sonder-Abteilung für

# Damen-Bekleidung

## 4 Mäntel

- Mantel** aus reinwoll. Flausch, Kamelhaar, weinrot u. grün, offen u. geschlossen zu tragen **195<sup>00</sup>**
- Mantel** aus halbschwerem, tuchartigem Stoff, halb auf Futter gearbeitet, mit Posamentknöpfen **295<sup>00</sup>**
- Mantel** aus reinwollenem Noppenflausch, eleganter Raglanschnitt **395<sup>00</sup>**
- Mantel** aus hellfarbigem Diagonalflauch, sehr elegante Form, mit tief eingesetzten Ärmeln **450<sup>00</sup>**

## 4 Blusen

- Bluse** Oberhemdfasson, aus feingestreiftem, flanel-artigem Stoff, hellfarbig **39<sup>50</sup>**
- Bluse** aus dunkelgestreiftem Stoff, offen u. geschlossen zu tragen, mit aufgesetzten Taschen **69<sup>50</sup>**
- Bluse** aus reinseidenem Paillette, jugendliche Form, mit farbiger Kurbelstickerei **85<sup>00</sup>**
- Bluse** aus reinwollenem Popeline, elegante Machart, mit hellfarbiger Seidenstickerei **110<sup>00</sup>**

Neue  
fesche  
Modelle  
tadellos  
in Stoffen  
und Verar-  
beitung,  
trafen in  
den letzten  
Tagen ein.

Wir bitten  
um zwang-  
lose Be-  
sichtigung.

## 4 Kleider

- Kleid** aus dunklem Stoff mit schmalen Seideneffektstreifen, tief angesetzter Faltenrock **175<sup>00</sup>**
- Kleid** aus reinwollenem Serge, weinrot, stahlblau und marine, halblange Ärmel im Fiedermausschnitt **295<sup>00</sup>**
- Kleid** aus Paillette-Seide, in modernen Farben, mit weißer Seidenstepperel, elegante jugendl. Form **395<sup>00</sup>**
- Kleid** aus feinem Seldentrikot, hell- und dunkelfarbig mit farbiger Wollstickerei **425<sup>00</sup>**

## 4 Röcke

- Kleiderrock** aus dunkel meliertem Strapazierstoff mit eingelegten Falten **39<sup>50</sup>**
- Kleiderrock** aus marineblauem, tuchartigem Stoff, Gürtel mit Knopfgarnitur **58<sup>00</sup>**
- Kleiderrock** aus schwerem Diagonal-Cheviot mit markierten Taschen **85<sup>00</sup>**
- Kleiderrock** Plüschrock aus marineblauem feingerippt., reinwoll. Cheviot **145<sup>00</sup>**

# Holstenhaus

Lübeck

## Wir sind billig!

Neu-Eingänge:

### Damen-Konfektion,

Mäntel, Kostüme, Damen-Röcke.

- Ebenenoppe . . . . . 158.- bis 450.-
- Ebenen- und Gummimäntel . . . . . 345.-
- Herrenanzüge, farbige u. blau . . . . . 425.-
- Knochenanzüge . . . . . 86.-
- Mäntel, Schürzer in großer Anzahl.

Andere Karten: Herren-Röcke

- und weit bekannte . . . . . 135.-
- starke Schürze . . . . . 200.-
- Damen-, Herren-, Kinderkleidung sehr stark.

### Ehlers & Reetwisch

484 Holstenstraße. St. Petri 2 und 4.

Ausrüstungen

für Arbeiter und jeden Beruf.

Dies bekannt rechtliche Eintragsnummer. (6911)



# Lübecker Opferwoche

vom 1. bis 10. Oktober 1921

## zur Linderung winterlicher Not.

Der Winter steht vor der Tür. Er wird die Not unter der schon jetzt so viele schwer zu leiden haben, noch vergrößern und härter machen, zumal die Preise für alle Lebensbedürfnisse weiter steigen. So sehen auch in unserer Stadt viele Volksgenossen diesem Winter mit Sorgen und Grauen entgegen, weil sie nicht wissen, wie sie sich in den kommenden Monaten schützen sollen gegen Hunger und Kälte. Staatliche Hilfe wird nicht ausreichen, diese Not zu beseitigen, denn unser Staat ist arm geworden. Darum müssen wir alle helfen und dazu beitragen, die bitterste Not möglichst zu mildern.

Von diesem Gedanken erfüllt, haben die Unterzeichneten sich zusammengetan, um eine

## Gammlung zur Linderung winterlicher Not

in unserer Stadt in die Wege zu leiten. Die Tage vom 1. bis 10. Oktober sind als

## Lübecker Opferwoche

ins Auge gefaßt.

Jeder, dem die große Not seines Nächsten nicht gänzlich gleichgültig ist, wird sicher bereit sein, dieses so notwendige Liebeswerk tatkräftig zu unterstützen. In der Wohltätigkeit und Nächstenliebe gibt es keine Parteirichtungen. Alle sollen helfen nach ihrem Können!

Geldspenden nehmen alle Banken entgegen auf Konto: „Lübecker Opferwoche“. Gaben in Kleidung, Lebensmitteln, Feuerung werden erbeten an die Geschäftsstelle der Opferwoche Königstraße 19, Fernsprecher 8744.

- Frau Dr. Adler. Frau Ida Ahrens. Kaufmann Heinrich Ambrosius. Frä. Elise Bartels. Frau Elisabeth Bier-
- lamp. Kaufmann Johs. Bone. Senator Bromme. Kaplan Büffel. Fabrikant Claassen. Kaufmann Ludwig Cankler.
- Hauptpastor Denter. Vorsitzender der Bürgerschaft Heint. Ehlers. Senator Dr. Ewers. Frau Senator Ewers, Travemünde.
- Baurat Dr. Fischer. Kanzleihilfen Robert Fischer. Frau Alfons Frank. Werkmeister Ernst Goring. Frau Dr. Göth.
- Gewerkschaftsführer W. Grimm. Gewerkschaftsführer Aug. Haut. Senator Hoff. Handlungsangestellter Heint. John. Frau
- assistent Johs. Lehmitz, Travemünde. Frau v. Eshmann. Chefredakteur Oskar Mantau. Direktor Dr. Cassen. Bureau-
- Hauptpastor Müdenstein. Frau Dir. Dr. Möbus. Bühnenredirektor Heint. Möller. Bürgermeister Dr. Neumann. General-
- direktor Dr. Neumann. Bäckermeister Heint. Niemann, Schlutup. Kaufmann Christian Pagels. Frau Dr. Clara Pries.
- Bauinspektor Reimers. Rektor Johs. Reimpell. Frä. Mathilde Reimpell. Zahnarzt Rothschild. Lehrer Ernst Schermer.
- Gewerkschaftsführer Ed. Schwertfeger. Direktor Spannhale. Kaufmann Heint. Spille. Frau Senator Strad. Frau Maria
- Zimmermann.

**CALCAONA**

ist ein  
wohlschmeckender  
Kalkkakao für Kinder, werdende  
und stillende Mütter, für Kranke  
für Schwache und  
Nervöse

in Apotheken  
und Drogerien zu haben  
Herzestell von der Chemischen  
Fabrik Marienfelde GmbH  
Berlin-Marienfelde